L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

II. Wahlperiode / 34.Sitzung.
2. Sitzungsperiode 1927(2)

STENOGRAPHISCHER BERICHT

über die am Donnerstag,den 2.Juni 1927 im großen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

--

Vorsitzender Scheuer: Meine Herren! Ich eröffne die Sitzung (9 Uhr 50 Minuten vormittags).

Die Regierungskommission ist vertreten

durch den stellv.Staatskommissar,Herrn Oberregierungsrat Dr. H e i m, aus der Abteilung des Innern.

Entschuldigt fehlen die Herren Mitglieder:

Eifler (KP)-Neunkirchen; Gladel (Z)-Felsberg; Karius (Z)-Saarbrücken; Kommerzienrat Dr.Hermann Röchling(DSV)-Völklingen; Sticher (KP)-Ottweiler.

Die

T A G E S O R D N U N G

liegt Ihnen vor. Sie lautet:

Begutachtung der Verordnungs-Entwürfe betr.:

1) Abänderung der Umsatzsteuerverordnung (Luxussteuerfreigrenze);

2) Änderung der Gefangenen=Unfall=Fürsorge;

3) Erhöhung der Schulversäumnisstrafen;

4) steuerliche Vergünstigungen für nichtbezuschußte Kleinwohnungsbauten;

5) Änderung des § 2,Abs.2,Ziffer 1 des preußischen Polizeikostengesetzes vom 3.6.08;

6)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

6) Volks=,Berufs=und Betriebszählung im Jahre 1927;

7) Inkraftsetzung des Grenzfestsetzungs-Protokolls vom 21.Dezember 1921 und der diversen Protokolle,aufgestellt von der Internationalen Kommission für die Regelung der Gebrauchsrechte.

Ich schlage vor,daß zunächst die Vorlage 3 betr.

Erhöhung der Schulversäumnisstrafen

behandelt wird. Ich erteile hierzu Herrn Abgeordneten Schneider,als Berichterstatter,das Wort!

Abg. Schneider (SP): Meine Herren! Die Vorlage ist in der Sitzung vom 31.März ds.Js.in die 4.und 5.Kommission verwiesen und am 12.und 19.Mai ds.Js. beraten worden. Der Zweck der Vorlage ist aus der Begründung zu derselben ersichtlich.Die Verordnung trägt formalen Charakter,indem sie die Markbeträge von früher in Franken-Beträge umsetzt. Die Verordnung ist dadurch notwendig gewörden,da die Regierungskommission durch die Währungsverordnung verfügt hat,daß die Markbeträge umgestellt werden. Durch die Frankeninflation ist auch die Erhöhung dieser Beiträge notwendig geworden.Materiell wird an den Bestimmungen,wie sie im preußischen und bayerischen Teil des Saargebietes bestehen,nichts geändert.

Die Kommission empfiehlt daher die debattenlose Annahme der Vorlage mit der Maßgabe, daß in der Einleitungsformel der Vorlage der Satz eingefügt wird: „nach Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung."

Vorsitzender: Meine Herren! Sie haben den Bericht vernommen. Wenn das Wort nicht gewünscht wird,gilt die Vorlage als verabschiedet.- Es meldet sich niemand zum Wort; die Vorlage ist somit mit der Änderung,die der Herr Berichterstatter bekanntgemacht hat,angenommen.-

Wir kommen jetzt zu den Punkten 4,5 und 6 der Tagesordnung. Ich erteile hierzu dem Berichterstatter,Herrn Abgeordneten Gärtner das Wort!

Abg. Gärtner (Z)Meine Herren! Der Kommissionsbericht zu Punkt 4 betr.:

steuerliche Vergünstigung für nichtbezuschußte Kleinwohnungsbauten,

lautet:

Die I. Kommission des Landesrates(Kommission für Steuerfragen),die sich in ihrer Sitzung am 12.Mai ds.Js.mit der Vorlage befaßt hat,stimmt derselben

L A Saarbrücken Stenographische Berichte Band N. 6

A4

derselben ohne Bedenken einstimmig zu.
Die Kommission hat aber darüber hinaus die Forderung erhoben, die Regierungskommission zu ersuchen, daß die Hypothekeneintragungen auch gebührenfrei vorgenommen werden.
Desgleichen verweist die Kommission auf die in der Vollversammlung des Landesrates am 13.April v. Js. erhobenen Forderungen betr.:

a) Steuerfreiheit für die Knappschafts-pensionen;
b) Rückerstattung gezahlter Lohnsteuern für geleistete Schuldenzinsen.

Ein Mitglied beantragt noch, daß auch die Landwirtschaft mit billigen Krediten bedacht wird, wie dies beim Handwerk der Fall ist.
Die Kommission empfiehlt dem Plenum die Annahme der Vorlage und der darüber hinaus erhobenen Forderungen der Kommission.

Der Bericht zu Punkt 5 der Tagesordnung betr.:

<u>Änderung des § 2, Abs. 2, Ziffer 1 des Preußischen Polizeikostengesetzes vom 3.6.1908.</u>

lautet:

Die 4. Kommission des Landesrates hat sich in ihrer Sitzung am 12. Mai ds. Js. mit der Vorlage befaßt und derselben ohne Bedenken <u>einstimmig</u> zugestimmt.
Über die Vorlage ist nicht viel zu sagen, da ja in der Begründung zu derselben die nötigen Erläuterungen gegeben sind.
Die Kommission empfiehlt daher dem Plenum die Annahme der Vorlage.

Der Bericht zu Punkt 6 der Tagesordnung betr.:

<u>Volks=, Berufs=und Betriebszählung im Jahre 1927,</u>

lautet:

Die 4. Kommission hat sich in ihrer Sitzung am 12. Mai ds. Js. mit der Vorlage befaßt und derselben ohne Bedenken einstimmig zugestimmt.
Eine Änderung wurde in § 6 vorgenommen, hinter dem Wort: „Geldstrafe" einzufügen: „<u>bis zu 100 Franken</u>", sodaß der Schlußsatz lautet:

".....wird mit Geldstrafe bis zu 100 Franken bestraft."

Auch wurde in der Kommission angeregt, <u>daß</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

daß die für die Zählung zu verwendenden Formulare gemeinverständlich gehalten werden und daß die Regierungskommission die entstehenden Kosten an Tagegeldern trägt.

Weiter ist zu der Vorlage nichts zu berichten. Die Kommission empfiehlt daher dem Plenum die Annahme der Vorlage unter Berücksichtigung der von der Kommission gemachten Änderung und Anregungen.

Vorsitzender: Meine Herren! Sie haben die Berichte über die Punkte 4,5,und 6 vernommen. Das Wort hierzu wird nicht gewünscht; die Vorlagen sind somit entsprechend den Kommissionsberichten angenommen.

Wir kommen jetzt zu Punkt 1 der Tagesordnung betr.:

<u>Abänderung der Umsatzsteuerverordnung</u>
(Luxussteuerfreigrenze).

Ich erteile hierzu dem Berichterstatter, Herrn Abg. Rütters das Wort!

Abg. Rütters(Z): Meine Herren! Die I. Kommission des Landesrates hat sich in ihrer Sitzung am 24.Mai ds.Js. mit der Vorlage befaßt und als Grundlage ihrer Beratung die Eingaben vom Schutzverein für Handel und Gewerbe und des Handwerkerbundes benutzt.

In der Kommission war die Meinung vertreten, den Entwurf abzuändern und die Gegenstände zu bezeichnen, für welche die Preisgrenzen erhöht werden bezw. für welche sie gänzlich in Fortfall kommen sollen. So wurde gefordert, Trauringe und Kunstseide von der Luxussteuer auszuschließen, da diese Gegenstände heute nicht mehr als Luxusgegenstände bezeichnet werden können.

Die Befreiung der Grabdenkmäler und Kriegerdenkmäler von der erhöhten Umsatzsteuer hat die Kommission sehr begrüßt, zumal dies auch den Bestimmungen im Reiche entspricht.

So kam ein Kommissionsentwurf zustande, den ich als Anlage beifüge.

Folgende Anträge stellt die Kommission an die Regierungskommission:

1) die Lieferungen der Apotheker an die Krankenkassen von der Umsatzsteuer zu befreien und die für 1926 beschlossene Steuer den Apothekern zu erlassen;

2) schärfere Überwachung der ausländischen Händler auf Erfüllung der Luxussteuerpflicht;

3) höherer Ersatz als 6% der Hersteller-Luxussteuer für Personen-Kraftwagen, die von Frankreich ins Saargebiet eingeführt werden, ferner vollständige Überweisung der Einfuhr-Luxussteuerbeträge für Personen-Kraftwagen, die vom Ausland über Frankreich ins Saargebiet gelangen.

<u>Die</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

Die Kommission ersucht die Vollversammlung, den Kommissionsentwurf und den in der Kommission gestellten Anträgen ihre Zustimmung zu geben.

Auf weitere Einzelheiten einzugehen, kann ich mir wohl ersparen, da die einzelnen Fraktionsredner in ihrem Referat darauf hinweisen werden.

Der Entwurf lautet:

E n t w u r f

einer Verordnung betr. Abänderung der Umsatzsteuerverordnung vom 8. Dezember 1923, 28. April 1926, 27. Juli 1926.

Auf Grund der §§ 19, 23 und 26 der Anlage zu Abschnitt IV (Teil 3) des Friedensvertrages von Versailles und nach Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung, verordnet die Regierungskommission gemäß ihrem Beschluß in der Sitzung vom ..... was folgt:

§ 1.

Das Verzeichnis der Gegenstände, die auf Grund ihrer Beschaffenheit als Luxusgegenstände gelten (Luxussteuerliste) Anlage A zur Verordnung betr. die Umsatzsteuer-wird wie folgt abgeändert:

Ziffer 1 c: Die Zahl 5000 durch 7500 zu ersetzen;
" 1 d: " " 1000 " 1500 " "
" 2 : Im Absatz 2 ist hinzuzufügen: „Trauringe".
" 4 : An die Stelle des Wortes "einschließlich" ist das Wort "ausschließlich" zu setzen.
" 13 : Die Zahl 250 ist durch die Zahl 400 zu ersetzen.
" 15 : Hinter das erste Wort (Parfümerien" ist einzufügen: "sofern das Entgelt für die Lieferung nicht weniger als 20 Fr. beträgt.
" 16 : Im Absatz 1 ist die Zahl 200 durch die Zahl 300 zu ersetzen.

Absatz 2 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: "Grabdenkmäler und Kriegerdenkmäler unterliegen nicht der erhöhten Steuer."

" 18 : Die Zahl 4000 ist durch die Zahl 6000 zu ersetzen.
" 19 : Die Zahl 75 ist durch die Zahl 125 zu ersetzen. (Die Zahl 125 gilt als Durchschnittszahl, da der französische Tarif eine Gliederung vorsieht.)

<u>Ziffer 20</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

Ziffer 20 : Die Zahl 150 ist durch die Zahl 275 zu ersetzen. Außerdem werden hinter die Worte "Bestandteile und Zubehörstücke" die Worte "sofern das Entgelt für die Lieferung mehr als 30 Frs. beträgt" eingeschaltet.

Ziffer 21 : Die Zahl 50 ist durch die Zahl 80 zu ersetzen.

Außerdem sind hinter das Wort: "handelt" die Worte "und sofern das Entgelt für die Lieferung mehr als 600 Franken beträgt hinzuzufügen.

§ 2

Das Verzeichnis der Gegenstände, die auf Grund ihrer Beschaffenheit als Luxusgegenstände gelten (Luxussteuerliste-Anlage A zur Verordnung betr. die Umsatzsteuer-)erhält folgenden Zusatz:

"Die Regierungskommission ist befugt, die Preisgrenzen, die für die Erhebung der erhöhten Umsatzsteuer bestimmend sind, nach Anhörung der Steuerkommission des Landesrates, zu erhöhen.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Becker!

Abg. Becker (Z): Meine Herren! Der Parteitag der Zentrumspartei hat sich am letzten Sonntag mit der Steuergesetzgebung des Saargebietes befaßt und folgende Resolution gefaßt:

" Der Parteitag der Zentrumspartei des Saargebietes fordert hiermit eine soziale Ausgestaltung der Steuergesetzgebung unter entsprechender Anpassung an die Reichsgesetzgebung.
Er fordert ferner den unbedingt notwendigen Finanzausgleich zwischen der Regierungskommission und den Gemeinden, insbesondere Abschaffung oder Ermäßigung der Umsatzsteuer."

So kurz diese Resolution auch ist, enthält sie doch alles wichtige, was uns im Saargebiet bewegt. Ich nehme heute Gelegenheit, von dieser Stelle aus diese Resolution besonders zu unterstreichen.

Wir müssen uns heute schon wieder mit einer Umsatzsteuervorlage befassen, mit der erhöhten Umsatzsteuer, der sogenannten Luxussteuer. Nach unserer grundsätzlichen Einstellung hätten wir am liebsten

gesehen

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

gesehen,wenn man entsprechend dem Vorbild im Reich die Umsatzsteuer überhaupt beseitigt hätte. Wir halten diesen Wunsch für die Zukunft weiterhin aufrecht. Die Vorlage bringt zunächst der ganzen Verbraucherschaft und zwar nicht nur der finanziell Bessergestellten eine erhebliche Erleichterung,was in der gegenwärtigen schwierigen Lage nicht aufrichtig genug begrüßt werden kann. Zugleich bedeutet die Vorlage ein Akt positiver Mittelstandsförderung und ich meine, daß der Landesrat gerne diese Gelegenheit ergreifen wird,durch Annahme der Vorlage zu dokumentieren,daß er gewillt ist, den berechtigten Interessen des erwerbstätigen Mittelstandes Rechnung zu tragen. In der Kommissionssitzung wurde versäumt,über einen Antrag,daß Grammophonplatten luxussteuerfrei bleiben sollen,abzustimmen. Ich möchte empfehlen,die Grammophonplatten ebenfalls von der Luxussteuer zu befreien, da es meines Erachtens genügt,wenn die Grammophonapparate selbst von der Steuer erfaßt werden.

In der Kommission wurde auch erwogen,ob es nicht möglich ist,dem legitimen Handel,der luxussteuerpflichtige Waren verkauft und versteuert,einen gewissen Schutz zu geben gegen seine Konkurrenz,die diese Versteuerung nicht ordnungsgemäß vornimmt,eine Konkurrenz,die in der Lage ist, die Luxussteuer mit Leichtigkeit zu hinterziehen. Händler kommen morgens mit dem Auto ins Saargebiet,verkaufen dort ihre luxussteuerpflichtigen Waren und reisen abends ohne Steuer bezahlt zu haben,ab. Das trifft zu bei Teppich-und Juwelenhändlern,man kann täglich die Händler auf den Straßen herumfahren sehen. Es hat ein Antrag vorgelegen,daß man in derartigen Fällen von dem K..fer,der wohl in vielen Fällen weiß,daß diese Händler die Luxussteuer nicht bezahlt haben,die Luxussteuer einziehen könnte. Es haben jedoch juristische Bedenken vorgelegen und man hat eine einwandfreie Fassung nicht gefunden. Immerhin sollte die Regierungskommission prüfen,ob die Einführung einer solchen Bestimmung in das Gesetz nicht möglich ist. Es sollte dem Landesrat eine Vorlage gemacht werden. Es beweisen aber andererseits derartige Vorkommnisse,daß es in einem kleinen Gebiet,wie dem Saargebiet,das überall Grenzen hat,schwierig ist,eine Luxussteuer zu erheben. Es gibt zahlreiche Umgehungsmög lichkeiten gerade hier im Saargebiet. Das ist neben dem Grund, daß das Reich die Luxussteuer abgeschafft hat,für und ein besonderer Grund,daß im Saargebiet die Luxussteuer beseitigt wird. Zur Umsatzsteuer selbst drang am Sonntag eine Nachricht durch die Zeitung,daß der saarländische Finanzminister,Herr Morize,es nicht für angebracht hält,den seit Monaten nunmehr oder seit einem Jahre vom Landesrat geforderten Abbau der Umsatzsteuer vorzunehmen. Der Umsatz wird versteuert bei der Fabrikation,beim Großhandel und beim Einzelhandel. Er wird dadurch nicht nur einmal erfaßt,sondern mehrmals. Ich glaube nicht fehl zu gehen,wenn man sagt,daß wir hier im Saargebiet durchschnittlich etwa 3,2 % Umsatzsteuer bezahlen müssen. Es kommt hinzu,daß die Einfuhr mit einer Umsatzsteuer von 2 %

belegt

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

belegt wird. Der Finanzminister behauptet nun, daß durch den Abbau der Umsatzsteuer keine weitere Verbilligung eintreten würde. Es ist furchtbar, einfach eine derartige Behauptung in die Welt zu setzen. Aber das zu beweisen, dürfte dem Herrn Finanzminister doch schwer werden. Sicher ist doch, daß durch diese 3 % die Preise erhöht werden. Sie müssen doch immerhin in den Preisen in Erscheinung treten. Es steht bei der deutschen Wirtschaft fest, daß durch den Abbau der Umsatzsteuer auf 0,75 % oder 3/4 % die Wirtschaft einen neuen Impuls erhalten hat. Es ist dringend notwendig, daß auch bei uns die Wirtschaft einen Auftrieb erhält durch den Abbau der Umsatzsteuer. Wenn man behauptet, daß der Abbau der Umsatzsteuer keine Verbilligung des Warenmarktes bringe, so kann man ebenso gut behaupten, daß die Zölle und die Einfuhr-Umsatzsteuer, also die von den Importeuren aufgebrachten Lasten, von diesen allein getragen werden. Man würde damit sagen, diese Kreise tragen die ganzen Lasten aus ihrer Tasche. Man könnte dann sagen, daß diese Kreise später bei einem Abbau ihren Verdienst in Höhe der Steuern und Zölle erhöhen würden. Das würde aber nur möglich sein, wenn es im Saargebiet Monopole und Truste gäbe. Aber das Gegenteil ist der Fall. Es ist eine starke Konkurrenz vorhanden, die schon für den nötigen Ausgleich Sorge trägt. Die Umsatzsteuer ist ein aus der Kriegszeit stammendes rohes Steuermittel. Es darf daher für den Herrn Finanzminister seine französische Staatsangehörigkeit nicht der Grund sein, daß er die Umsatzsteuer beibehält, weil er glaubt, er tut seinem Vaterland damit einen Dienst. Die Lebenshaltung im Saargebiet muß teurer sein, als in Frankreich. Das ist vor dem Kriege so gewesen und es wird so bleiben. Aber man muß gerade von Seiten der Regierungskommission alles tun, damit die Lebenshaltung billiger wird. Wir richten daher an die Regierungskommission den dringenden Apell, endlich der saarländischen Konsumentenschaft und der Wirtschaftslage an der Saar die dringend notwendige Erleichterung durch Abbau der Umsatzsteuer zu verschaffen.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auch über den Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer sprechen. Wir müssen nun befürchten, daß die Gemeinden durch den Steuerausfall infolge der Erhöhung der steuerfreien Bezüge, infolge des Lohnabbaues und der Steuerbeschränkung erheblichen Ausfall erleiden werden. Sie werden erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir haben daher auch in unserer Resolution auch zum Ausdruck gebracht, daß ein Finanzausgleich zwischen der Regierungskommission und den Gemeinden dringend erforderlich ist. Aber der Finanzausgleich ist nicht allein dadurch möglich, daß man den Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer erhöht, eher ist das Gegenteil der

Fall.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

Fall. Wer überhaupt grundsätzlich Gegner der Umsatzsteuer ist,darf natürlich nicht für eine Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer eintreten. Es müßte statt dessen den Gemeinden die Beteiligung an anderen Steuerquellen eingeräumt werden. Ferner muß ein Wort gesagt werden über die Verteilung der Luxussteuer zwischen Frankreich und dem Saargebiet. Frankreich erhebt von allen Automobilen Luxussteuer,und zwar als Herstellersteuer. Es hat diese Steuer erst eingeführt,als das gegenseitige Steuerabkommen zwischen dem Saargebiet und Frankreich bereits unterzeichnet war. Es hat sich dann nachträglich ein Zustand herausgebildet,daß die Luxussteuer zunächst doppelt erhoben wurde,und zwar hat Frankreich 12 % und das Saargebiet 12 % erhoben. Das war ein unerträglicher Zustand. Die Regierungskommission hat dieser Sache nun Rechnung getragen und ihrerseits auf die Erhebung der Luxussteuer verzichtet, sodaß Frankreich allein 12 % bezogen hat. Man hat sich später geeinigt, und Frankreich hat von seinen 12 % im Saargebiet 6 % der erhobenen Luxussteuer abgegeben. Also erhebt Frankreich heute noch 6 % der ganzen Automobilluxussteuer,also von allen Automobilen,die in das Saargebiet verkauft werden.

Ich möchte einmal fragen,wo ist es in der Welt üblich,daß man von der Ware,die man in ein anderes Land verkauft,noch eine Ausfuhrsteuer erhebt. Diese Luxussteuer ist ja nichts anderes als eine versteckte Ausfuhrsteuer. Das wäre in einem anderen Lande einfach unmöglich. Aber das Saargebiet hat man zunächst durch unsinnige Zollmauern abgesperrt vom Auslandsmarkt und vom deutschen Markt insbesondere. Man kann sich mit dem Saargebiet alles erlauben. Man kann sich erlauben, das Saargebiet mit einer Ausfuhrsteuer zu belegen. Der Form halber nennt man diese Steuer Luxussteuer. Es geht aber noch weiter. Man erhebt diese Luxussteuer auch vom Auslande,nämlich von amerikanischen Automobilen,die man ins Saargebiet einführt. Die Wagen werden durch die Pariser Vertretungen der amerikanischen Firmen bezogen. Die Luxussteuer fällt in diesem Falle an Frankreich. Ich weiß nicht,ob in diesem Falle nicht doch vielleicht ein Teil der Schuld unseren Automobilhandel trifft, der bei seinen amerikanischen Geschäftsfreunden nicht energisch genug darauf hinwirkt,daß Automobile,die für das Saargebiet bestimmt sind,im Saargebiet selbst zur Verzollung gelangen. Wir müssen von der Regierungskommission fordern,daß sie die Luxussteuer, die für einzuführende Automobile erhoben wird,ganz in den Besitz des Saargebietes bringt.

Es wäre nunmehr auch an der Zeit,daß dem Landesrat der Haushaltplan,der für das Jahr 1927 getätigt worden ist,vorgelegt würde. Das Haushaltsjahr hat bereits seit dem dritten Monat begonnen. Wir möchten schon jetzt darauf aufmerksam machen,daß im Sinne der Verhandlungen unseres

<u>Parteitages</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

Parteitages bei Nachprüfung unsererseits ganz besonders darauf geachtet wird,daß alle Verkehrsanlagen auf der Höhe der Zeit erhalten werden sollen. Wir vertreten mit Recht die Meinung,daß eine der wichtigsten Aufträge der Treuhandverwaltung und der Verwaltung des Saargebietes sein muß: Schutz und Förderung der Verkehrsanlagen des Saargebietes. Wir haben leider nicht die Überzeugung,daß in dieser Beziehung seitens der Regierungskommission alles geschieht,was notwendig ist. Falls die Kosten für den Ausbau und Erhaltung der Anlagen nicht auf dem ordnungsmäßigen Wege über die Steuerumlagen aufgebracht werden können, so müssen eben Anleihemittel herangezogen werden. Es liegt auch darüber bereits ein früherer Antrag meiner Fraktion vor.

Ganz besonders müssen wir bei Besprechung der Verkehrsanlagen auch darauf hinweisen,daß es ein unhaltbarer Zustand ist,daß die Straße zwischen Quierschied und Sulzbach,die seit 2 Jahren infolge Grubensenkungen gesperrt ist,bis jetzt noch nicht wieder fahrbar gemacht worden ist. Wir müssen einen derartigen Zustand einfach als unglaublich bezeichnen. Wir erwarten,daß auch hier recht bald Remedur eintritt.

Meine Partei hat mich weiter beauftragt, auch auf die Grubenschäden in Schnappach hinzuweisen. Wir hoffen, daß auch dort die Verhältnisse in beschleunigter Weise geregelt werden.

Unser Gutachten lautet also dahin,daß wir der Vorlage mit den in der Kommission gemachten kleinen Abänderungen zustimmen.

(Bravo - Rufe !)

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Petri!

Abg. Petri (SP): Meine Herren! Soweit die Vorlage eine Abänderung der Preisgrenzen vorsieht gegenüber dem Zustand,wo damals das Gesetz eingeführt worden ist, sind wir dafür. Jedoch diese Abänderung der Preisgrenze der Regierung allein zu übertragen, können wir nicht zustimmen,da das eine Ausschaltung des Landesrates bedeuten würde.

Daß die Grab-und Kriegerdenkmäler in Anbetracht der Pietätsmomente davon befreit werden sollten,sind wir dafür. Wir hätten aber den Wunsch,daß das rückwirkend geschieht. Und zwar ist uns von dem Turnverein Burbach ein Schreiben zugegangen,wonach ein Kriegerdenkmal errichtet worden ist für 16000 Franken,wovon 1600 Franken als Umsatzsteuer entrichtet werden müssen. Diese Überlastung kommt auf den Turnverein Burbach,der sie natürlich nicht zahlen kann,weil ein Verein,der die Ehrung d seiner Toten vornimmt durch ein Denkmal,nicht noch Steuern zahlen kann,da er nichts in seiner Kasse hat. Wir halten es für notwendig,daß die Befreiung auch für dieses Denkmal von der Regierung vorgenommen wird. Hoffentlich nimmt die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 1

Regierung diese Veranlassung als Ursache,um sie rückwirkend in Kraft zu setzen.

Bezüglich der weiteren Befreiung von der Luxussteuer sind besondere Wünsche geäußert worden vom Schutzverein für Handel und Gewerbe,zu welchen auch die Regierung Stellung nahm. Wir sind da anderer Auffassung und zwar,daß man, solange noch allgemeine lebensnotwendige Waren umsatzsteuerpflichtig sind, Unterschiede in Luxuswaren machen muß. Grundsätzlich sind wir gegen eine Umsatzsteuer. Herr Becker sagte, daß diejenigen,die grundsätzlich dagegen sind, es dann logischerweise ablehnen müßten,daß den Gemeinden ein erhöhter Anteil zuteil werden soll. Diesen Standpunkt des Herrn Becker teilen wir nicht, sondern wenn, wenn man eine Umsatzsteuer einführt gegen uns,sind wir selbstverständlich der Meinung,daß die Gemeinden,die am meisten Lasten zu tragen haben, einen entsprechenden Anteil bekommen, und das ist mit 50 % nicht zu hoch bemessen. Wenn man die Sache anders hält mit Steuersystemen und die direkten,Besitzsteuern,Vermögenssteuern einführt,dann ändert sich ja das ganze Steuersystem und dann läßt sich auch für die Gemeinden besser sorgen. Es sind weitere Vorschläge gemacht,die Befreiung von Trauringen,Pelzwaren,photographischen Apparaten,Grammophonen,Parfümerien, Kunstseide. Meine Herren, diese Waren mögen bis zu einer gewissen Preisgrenze nicht unter Luxus fallen, aber gerade diese Waren sind doch in ihren einzelnen Gattungen auch sehr oft nach Luxusbegriffen hergestellt,und daß die auch nun vollständig befreit werden sollen,können wir nicht ohne weiteres zustimmen,sondern müssen dafür sein,daß Preisgrenzen bestehen bleiben. Wir haben mit dieser Vorlage unseren Antrag,den wir stets bei der Behandlung der Umsatzsteuer zum Ausdruck gebracht haben,auch heute wieder zum Antrag zu erheben,und zwar der,alle lebensnotwendigen Waren von der Umsatzsteuer zu befreien. Unseretwegen kann die Umsatzsteuer,wenn man sie nicht prinzipiell aufgeben will,mit 1,6 % weiter bestehen,wenn diese Waren,die der Arbeiter und der im werktätigen Leben Stehende nicht zu einer Umsatzsteuer für lebensnotwendige Waren,die er zu seinem Haushalt braucht,herangezogen werden.

Meine Herren! Die jetzige Lage müßte der Regierungskommission besonders Anlaß geben,ihrerseits dazu beizutragen,daß die Lebenshaltung verbilligt werden kann. Daß wir uns nicht in der richtigen Linie befinden mit den Teuerungsverhältnissen gegenüber der Entlöhnung der Arbeiterschaft,wurde ja schon in dem vorhergehenden Sitzungen zum Ausdruck gebracht. Heute steht der Lebensindex im selben Verhältnis mit dem Unterschied von einigen Punkten, wie im Vorjahre. Wir befinden uns heute in dem Stadium,wo die alte Ernte zu Ende geht,wo die Aussortierung der Waren vorgenommen wird und dadurch immer mehr naturgemäß eine größere Teuerung eintreten muß. Wir haben gesehen, daß mit der Herabsetzung der Löhne und dem Eintreten von Feierschichten eine Erhöhung der Preise bei manchen Lebensmitteln zu verzeichnen ist. Wir haben Preiserhöhungen von Fleisch usw. erleben müssen gerade in einem

Zeitpunkt

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

Zeitpunkt, wo die Kaufkraft der Bevölkerung gesunken ist, und daß hier die Regierungskommission, wo die Möglichkeit besteht, eine Milderung der Teuerung herbeizuführen, zugreifen müßte und dafür Verständnis haben sollte, das wäre durchaus am Platze. Meine Herren! Der Index stand im Juli 1926 auf 615 Punkten, und im Mai 1927 auf 609 Punkten. Im Juli 1926 wissen Sie, daß der französische Franken, an der deutschen Mark gemessen, bis auf 12 heruntersschnellte, und jetzt im Mai 1927 auf 6 stand und jetzt noch steht. Dadurch ist doch eine ganz gewaltige Veränderung der Währung eingetreten. Aber eine Erleichterung im Konsum ist nicht zu verzeichnen. Im Gegenteil. Um diese Erleichterung im Konsum herbeizuführen, müssen wir unseren Antrag in dieser Hinsicht wieder formulieren, der dahin geht:

"Der Landesrat beschließt, die Regierungskommission wird ersucht, einen Entwurf vorzulegen, wonach der § 2 der Verordnung betr. die Umsatzsteuer vom 8.12.23 Ziffer 17 folgenden Zusatz erhält:

Fleisch-und Wurstwaren, Eier, Salz, Brötchen Wecke, Suppeneinlagen, Hülsenfrüchte, Gewürze, Käse, Fische, Kartoffeln, Gemüse, Sämereien, gewöhnliche Wäsche-und Bekleidungsstücke, gewöhnliche Geräte- und Möbelstücke, Lieferung von Apotheken an Krankenkassen und Lohnfahrten."

Meine Herren! Bezüglich der Lieferung von Apotheken an Krankenkassen will ich noch besonders betonen, daß es eigentümlich ist, daß man noch nicht von Seiten der Regierung an die Befreiung der wichtigsten lebensnotwendigen Waren herangegangen ist. Im Reich ist dies bereits geschehen, und wenn man von der Regierung einsehen müßte, daß Milch, Brot, Mehl von der Umsatzsteuer befreit werden sollen, so muß man auch einsehen, daß die Medikamente und Heilmittel unbedingt von der Umsatzsteuer befreit werden müssen.

Bezüglich der Lohnfahrten haben wir schon einmalg dazu Stellung genommen, wonach die Fuhrleute für Fahrten, die sie im Auftrage anderer machen, Umsatzsteuer bezahlen müssen. Das ist ein Unrecht, das unbedingt gutzumachen ist. Es kann nicht angehen, daß ein Fuhrmann eine Ware expediert, die nicht sein eigen ist, aber dafür Umsatzsteuer bezahlen muß. Von der Regierungskommission hoffen wir, daß sie diesen Zustand beseitigt.

Herr

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

Herr Becker sagte, daß nun endlich der Etat von der Regierungskommission vorgelegt werden soll. Meine Herren! Der Landesrat hat den Etat des vergangenen Jahres noch nicht durchgenommen. Der Etat vom vergangenen Jahre ist scheinbar ganz übersehen worden, denn man hat wahrnehmen können, daß nichts daran zu ändern ist. Es wäre wünschenswert, daß eine Etatberatung im Landesrat stattfände und daß man auch ein Mitbestimmungsrecht bekommt.

Bezüglich der Straße von Sulzbach hat mein Herr Vorredner gesprochen.

(Zuruf: Dort wird die Umsatzsteuer hingehen!)

(Löcher werden dort genug vorhanden sein). Die Straße ist, soweit mir von Sulzbacher Bürgern mitgeteilt worden ist, durch die Unterführung von unterirdischen Gängen seitens der Bergverwaltung zusammengefallen und große Löcher sollen entstanden sein. Das Gebiet gehört der Forstverwaltung, also der Regierungskommission und es wäre ihre Pflicht, diese Zustände zu beseitigen, zumal es sich da um eine verkehrsreiche Straße handelt. Es wundert einem, daß man so um die Dinge herumgeht. Man kann es verstehen, daß die Regierungskommission gegenüber der Bergwerksdirektion nicht genügend Initiative besitzt, um die Dinge zu regeln. Wir beantragen ebenfalls, daß die Regierungskommission auf die Bergwerksdirektion einwirkt, und wenn dann doch nichts geschieht, die Regierungskommission selbst die Angelegenheit in Ordnung bringt.

(Bravo-Rufe)

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ulrich!

Abg. Ulrich (KP): Meine Herren! Die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung an der Saar, besonders die der Bergarbeiterschaft, ist derart groß, daß eine kolossale Mißstimmung und Verärgerung in diesen Kreisen Platz gegriffen hat. Diese Mißstimmung wird noch verstärkt durch das Feierschichten-System und das System der Nationalisierung. Die Arbeiterschaft muß sich gegen diese Verelendungsmethoden zur Wehr setzen. Wenn man es nicht glauben sollte oder wenn die Regierungskommission dafür kein Verständnis hat, möchte ich darauf hinweisen, daß der letzte Aufmarsch der Bergleute bewiesen hat, daß die Lage dieser Leute durchaus schlimm ist, schlimmer, als man mit Worten schildern kann. Daß die Not groß ist, beweiste eine Rechnung, die man aufgestellt hat, daß eine Familie mit 5 Köpfen für die Steuern, die zu zahlen sind, der Familienvater 3 Monate arbeiten muß, um nur die Steuerlast aufzubringen. Man kann also sehen, daß diese Lasten unerträglich sind.

Die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

91

sind. Die Regierungskommission kümmert sich nicht darum und hat kein Interesse daran, sich um die Beschlüsse der Kommissionen und des Gesamtlandesrates zu kümmern. Sie hat sich nicht an unseren Antrag, die Umsatzsteuer völlig aufzuheben, gestört. Man hat auch schon so oft behandelt und verlangt, daß die schweren Lasten vom werktätigen Volk abgewälzt werden. Wenn die Regierungskommission nunmehr noch kein Verständnis für diese Dinge zeigt, wird es so kommen, daß diese Gärung doch noch einmal zum Ausbruch kommt und dann wird die Regierungskommission einsehen, daß diese Menschen mit ihren Forderungen recht haben. Ich habe noch darauf hinzuweisen, daß auch der Mittelstand gleichzeitig in diese Frage mit hineingerissen wird, und daß er vollständig durch das System in die Verelendung hineingerät, da die Waren, die er täglich zu kaufen gezwungen ist, um leben zu können, eine mehrfache Verteuerung erfahren. Also die Teuerung liegt grundsätzlich in der mehrfachen Besteuerung. Es ist selbstverständlich, was man nicht abstreiten kann, -das kann auch der Herr Finanzminister nicht abstreiten, daß es das Unternehmertum versteht, diese Lasten auf die Schultern der Verbraucher abzuwälzen. Es ist schon so, daß z.B. die Fabrik, die die Ware herstellt, nehmen wir z.B. den Zucker, der auf den Markt kommt und auf den eine Umsatzsteuer erhoben wird, diese Steuer nicht selbst zahlt, denn der Unternehmer ist so schlau, daß er diese Lasten auf den Arbeiter abwälzt. Wir ersehen daraus, daß eine Verteuerung der Waren allein in der Umsatzsteuer zu suchen ist. Auf Grund dessen und weil dem so ist, ist unser Antrag genügend klar, daß wir diese Umsatzsteuer ablehnen und die Aufhebung der Umsatzsteuer überhaupt verlangen. Wenn man von der Erhöhung der Umsatzsteuer und von der Luxussteuer spricht, so wird von der Zentrumspartei und von der Sozialdemokratie besonders hervorgehoben, daß man es auf der einen Seite begrüßt, und auf der anderen Seite stellt man sich dagegen, daß Kriegerdenkmäler besteuert werden.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Würde man diese 16000.-Franken in Burbach nehmen und anstatt des Steines, der dazu da ist eine Verherrlichung des Krieges und eine Verhetzung herbeizuführen, das Geld den Kriegsopfern geben, so wäre das ein gesünderer Gedanke, als sich dazu herzugeben, einen neuen Krieg herbeizuführen. Die Arbeiterschaft wird mich verstehen, wenn ich sage, daß sie einen Abscheu davon erfahren hat. Die Kriegsopfer, die zurückgeblieben sind, sind noch genug Kriegsdenkmäler. Es wäre besser ein Denkmal zu errichten mit einem Kriegskrüppel, dem man beide Arme abgeschossen hat.

Herr Kiefer, es wunder uns nicht, daß sie sich

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

sich so verhalten. Ich kann es verstehen,daß Sie sich aufregen. Sie können an dieser Sache nichts mehr ändern,denn das Proletariat da draußen hat des Krieges genug. Wir können deshalb auch nicht begreifeh,daß sich die Sozialdemokratie zu einer solchen Vorlage hergibt. Sie richtet sich auch in der Politik nach der Frage eines französischen sozialistischen Abgeordneten,welcher verlangt,daß die ganze Nation in den Heeresdienst eingereiht wird. Also man bereitet schon wieder einen Krieg vor. Ich erinnere nur an das Rüsten Mussolinis.

(Glocke des Vorsitzenden)

Ich erinnere nur an die letzten Ereignisse in England. Diese Politik ist die Konsequenz der Politik aller übrigen Parteien,die heute einen neuen Krieg vorbereiten. Deswegen kann ich es nicht verstehen,daß man es wagt, eine solche Steuer zu befürworten. Es ist für uns selbstverständlich,daß wir Ihnen keine Umsatzsteuer zusprechen,sondern wir lehnen sie grundsätzlich ab und verlangen,daß man den Gemeinden die Einkommensteuer ganz zuweist.

Was die Straße zwischen Sulzbach und Quierschied betrifft,so ist es eine Selbstverständlichkeit,daß auf Grund der Ausbeutung nicht allein die Straße,sondern auch eine Reihe Häuser ruiniert worden sind. Man muß feststellen,daß sich die Regierungskommission um solche Sachen sehr wenig kümmert. Die Regierungskommission konnte wohl zusehen, daß man bei der Verelendung der Arbeiterschaft das Koalitionsrecht mißbrauchte,sie kann auch zusehen, wie man Mißhandlungen vornimmt und sie kann auch zusehen, wie man Arbeiter auf die Straße wirft. Dann freut sich die Regierungskommission. Das ist das Wohl und Wehe der Bevölkerung des Saargebietes, für die sie sorglich und väterlich eintreten soll. Sie hat kein Interesse daran,wenn französische Privatunternehmer im Warndt Kohlen herausholen. Sie soll dort die Steuern herausschlagen,anstatt sie auf das schaffende Volk niederprasseln zu lassen. In diesem Sinne glaube ich,daß wir genug zu der Frage der Umsatzsteuer gesprochen haben. Wenn die Regierung die Steuern auf den Besitz und auf die Schultern, die tragfähig sind,legt, dann wird sie einmal ein wünschenswertes und vernünftiges Männerkollegium werden.

Was die andere Frage ,die Frage der Luxussteuer anlangt,so sagen wir: Das gesamte Steuersystem mit samt der Regierung,wie sie hier an der Saar ist, ist für uns ein Luxus.

(Bravo-Rufe)

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr.von Vopelius!

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

Abg. Dr. Max von Vopelius(DSV): Meine Herren! Die Herren Vorredner des Zentrums und der Sozialdemokraten haben das Wesen der heutigen Steuervorlage hinreichend gekennzeichnet. Ich glaube,mich daher kurz fassen zu können. Denn alles das,was hier zu sagen wäre, ist nur zu wiederholen. Die Kommission hat einen Vorschlag gemacht,der einstimmig beschlossen worden ist und hat diesen Vorschlag vorgelegt. Ich glaube, wir können uns diesem Vorschlag ohne weiteres anschließen.

Zu der Frage der Straße von Sulzbach nach Quierschied, hat meine Fraktion eine Interpellation an die Regierungskommission gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1) Ist der Regierungskommission die Tatsache bekannt, daß die einzige über 100 Jahre alte direkte Verbindungsstraße zwischen den Gemeinden Sulzbach/Saar und Quierschied seit nunmehr 18 Monaten verkehrspolizielicherseits gesperrt ist?

2) Ist der Regierungskommission bekannt, daß durch diesen unhaltbaren Zustand die Rechte der Einwohner vorbezeichneter Ortschaften und deren näheren Umgebung auf das allerempfindlichste geschädigt werden, daß Handel und Verkehr,Handwerk und Gewerbe in dem von der Sperrung der Straße getroffenen Teil des Saargebietes auf das stärkste unterbunden werden und die fraglichen Bevölkerungskreise daher berechtigterweise über diese Zustände aufgebracht sind?

3) Ist der Regierungskommission fernerhin bekannt, daß die Verwaltung der Saargruben,die durch schädigenden Kohlenabbau auf Grube Brefeld besagte Straßensperrung verschuldet hat,und daher auf Grund des § 148 des Allgemeinen Berggesetzes für die preußischen Staaten zur Wiederinstandsetzung der Straße verpflichtet ist,ihrerseits auch noch nicht das Geringste getan hat,die Wiederinstandsetzung des Weges vorzunehmen,damit die Straßensperrung aufgehoben wird ?

4)Ist auch der Regierungskommission bekannt,daß die Unterhaltung der fraglichen Straße der Straßenbauverwaltung des Saargebietes untersteht,daß diese der Regierungskommission unterstellte Behörde,die schon längst dafür hätte sorgen müssen, daß die Straße wieder befahrbar ist,noch nichts unternommen hat,die Wiederinstandsetzung der Straße in die Wege zu leiten, bezw. bei den in Frage kommenden Stellen dafür zu sorgen,daß die Verwaltung der Saargruben gezwungen wird, für die Instandsetzung der Straße aufzukommen.

5)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

5) Weiß die Regierungskommission des ferneren, daß das ihr unterstellte Oberbergamt, das als oberste Bergpolizeibehörde des Saargebietes auf Grund der §§ 196, 198, 201 und 202 des allgemeinen Berggesetzes für die preußischen Staaten die Verwaltung der Saargruben schon längst zur Wiederinstandsetzung der fraglichen Straße hätte zwingen müssen, noch keine entsprechenden Schritte unternommen hat.

6) Was gedenkt die Regierungskommission daher zu tun, damit die ihr unterstellten Behörden angehalten werden, ihre nach Gesetz und Recht bestimmte Pflicht zu tun, damit die obigen dargelegten Zustände endlich beseitigt und somit die elementarsten Rechte der der Regierungskommission zu treuen Händen anvertrauten Bevölkerung gewahrt werden?

Meine Herren! Der Streit geht bei dieser Sache nicht darum, wer ist schuld an der ungeheueren Störung in dem Verkehr zwischen den beiden Gemeinden, der sich noch darüber hinaus bis in das Köllertal bemerkbar macht, sondern der Streit geht darum, warum geschieht nichts, daß diese Übelstände beseitigt werden. Es herrscht keinerlei Zweifel darüber, daß die Straße selbst schon z.Zt. der preußischen Bergverwaltung, also vor und während des Krieges, zerstört worden ist. Aber die Hauptschäden sind jetzt erst in den letzten eineinhalb Jahren eingetreten, dadurch, daß die französische Bergverwaltung einen Stollen in den Berg getrieben hat, der nicht nur dauernd starke Senkungen und Löcher in die Straße gemacht hat, sondern der auch das Gefälle der Straße, das bereits immer schon eine starke Veränderung aufzuweisen hatte, noch verschlechtert hat, sodaß sie, wenn auch die Schäden der Löcher beseitigt werden, nicht mehr befahren werden kann, weil sie viel zu steil und zu gefährlich ist. Die Polizeibehörde hat aus diesem Grunde die Straße sperren müssen, nachdem einige Unglücke vorgekommen und für die Zukunft noch schwerere Ereignisse zu erwarten waren. Die Umleitung, die notwendig geworden ist, geht jetzt weite Wege. Sie mußte von Sulzbach über Bildstock über Illingen nach Quierschied geführt werden. Das sind natürlich Zustände, die unmöglich sind, weil die Entfernung viel zu weit ist und weil wegen dieser weiten Entfernung ein rationelles Arbeiten ausgeschlossen ist. Die Bevölkerung wünscht dringendst die Abänderung der jetzigen Zustände, weil eben die Verbundenheit der Ortschaften so außerordentlich groß ist und weil die Bevölkerung nicht nur von Quierschied, sondern auch vom Köllertal, die viel in Sulzbach gekauft hat, die Straße benutzen muß. Dann auch, weil das Amtsgericht in Sulzbach seinen Sitz hat und infolgedessen auch deshalb nach dort ein starker Verkehr gewesen ist.

Wir

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

Wir erwarten,daß die Regierungskommission endlich einmal etwas tut. Es sind schon viele Worte gewechselt worden. Es geht nicht so weiter,daß man sagt,ich kann nicht oder der andere muß bezahlen. Die Rechtsverhältnisse sind außerordentlich klar und einfach. Die Straße gehört dem Forstfiskus; die Unterhaltung hat die Straßenbauverwaltung. Die Ortschaften selbst können nichts tun, sie sind nicht einmal aktiv legitioniert zu klagen. Infolgedessen werden sie von der Regierungskommission dauernd an der Nase herumgeführt. Es ist eine Verschleppung,die gar nicht zu begreifen ist,und ein trauriges Kapitel zu dem,wie die Regierungskommission der Wirtschaft hier im Saargebiet gegenübersteht. Ich möchte vorweg nehmen,daß aus der Antwort des Herrn Staatskommissars zu ersehen sein wird,daß die Regierung nunmehr die Sache ihrem Tiefbauamt übergeben hat,das sich mit der preußischen Bergverwaltung in Verbindung setzen soll,die Schäden zu beseitigen. Nun, die preußische Bergverwaltung ist ja sicherlich nicht abgeneigt,wenn sie Schäden verursacht hat,diese zu beseitigen. Aber Tatsache ist,daß die Hauptschäden erst entstanden sind in den letzten 6 Jahren,und in den letzten 7 oder 8 Jahren hat ja die französische Bergverwaltung bereits die Gruben in der Hand. Es wäre meines Erachtens unbedingt notwendig,daß zuerst einmal die französische Bergverwaltung gefragt würde,was will sie tun,und wenn sie sagt,sie hat kein Interesse an der Straße,so muß ihr immer wieder entgegengehalten werden,daß die Hauptschäden an dieser Straße seit Übernahme der Gruben durch sie entstanden sind.

Wir erwarten auf das Allerentschiedenste von der Regierung,daß die Bevölkerung mit ihrem Wunsche nunmehr zufriedengestellt wird,daß die Regierungskommission mit Ernst gewillt ist,die Übelstände abzustellen. So kann es nicht weitergehen, und die weitere Zurückhaltung in dieser Frage geht schließlich nur auf Kosten des Prestiges der Regierungskommission selbst.

Vorsitzender: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Reinhard!

bg.Reinhard(KP): Meine Herren! Ich möchte darauf hinweisen, daß gestern eine Fraktionsführerbesprechung stattgefunden hat. Diese hat auch die Tagesordnung festgelegt. Ich wundere mich nun,,da wir an der Beratung der Tagesordnung sind,auf einmal vom Straßenbau, von der Sulzbacher-und Quierschieder-Straße zu hören.

Ich beantrage deshalb,diesen Straßenbau aus der Tagesordnung herauszulassen und sich an die Geschäftsordnung zu halten,damit auch die Arbeit erledigt werden kann. Es ist festgestellt,daß im Anschluß an die Tagesordnung über die allgemeine Lage gesprochen werden wird. Dann kann Herr Dr.von Vopelius ja seine Rede über den Straßenbau halten. Sonst melde ich mich zu Wort und fange an über Südamerika zu reden. (Lachen!)

Vorsitzender

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

Vorsitzender: Ich habe die kleine Abschweifung deswegen zugelassen,weil Herr Dr.von Vopelius um 11 Uhr weg muß und weil ich ihm noch Gelegenheit geben wollte,die Antwort des Herrn Staatskommissars auf seine Anfrage zu hören.

(Zuruf des Abg. Heinhard: Das kann ja im Rahmen der Abmachungen geschehen!)

Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr.Heim!

Staatskommissar Dr.Heim: Meine Herren! Zu der Frage des Weges Sulzbach-Quierschied ist folgendes festzustellen. Die Straße ist vor mehr als 2 Jahren durch eine Grubensenkung schadhaft geworden. Sie wurde dann von dem Staatlichen Straßenbauamt vollständig wieder hergestellt und in den gleichen Zustand versetzt,wie sie früher unter preußischer Verwaltung war. Sie wurde vollständig neu eingedeckt und gewalzt. Die Kosten dafür hat restlos die französische Grubenverwaltung bezahlt. Als dann später wieder eine Senkung ein Riß eintrat,hat die französische Grubenverwaltung den Riß sofort geschlossen. Jedoch hat mit Rücksicht auf die durch Glatteis und das hohe Steigungsverhältnis verursachten Schäden von Lastautos die Ortspolizeibehörde Sulzbach die Sperre verfügt bezw. aufrechterhalten. Die Verhandlungen, die sich daran anschlossen,haben immer wieder gezeigt,daß die Grubenverwaltung in jeder Weise bereit ist,sämtliche Schäden,die unter ihrer Verwaltung entstanden sind,voll und ganz der Straßenbauverwaltung zu ersetzen. Es sind jedoch die Verhandlungen hauptsächlich auf dem Geleise weitergegangen,ob diese Straße,deren Steigungsverhältnis an sich nicht mehr ganz dem modernen Verkehr genügt, durch eine neue Straße mit einer normalen Steigung ersetzt werden soll. Diese Verhandlungen haben tatsächlich die Frage der Sperrung-das muß ich zugeben- in den Hintergrund gedrängt. Es konnte nicht zum Klappen kommen,weil die Gemeinden, die selbst das größte Interesse an der Straße haben,sich zu den wesentlichsten Kosten für eine Neuanlage nicht verstehen konnten. Es ist jedoch bereits schon seit längerer Zeit der Gemeinde Sulzbach wiederholt nahegelegt worden,die Straßensperre aufzuheben,nachdem die Grubenverwaltung sich nochmals bereit erklärt hat,den früheren Zustand,in dem die Straße ja auch jahrelang war,wieder herzustellen. Der Bürgermeister von Sulzbach hat das abgelehnt und sich auf den Standpunkt gestellt,er könne die Sperre erst dann aufheben,wenn auch die gesamten Schäden,wie sie durch die frühere preußische Bergverwaltung entstanden sind behoben seien und die Straße wieder ein normales Profil bekommt. Es ist dem Bürgermeister aufgegeben worden, die Unterlagen beizubringen,um das festzustellen. Es ist bereits für die nächste Woche ein Termin in Aussicht genommen und ich kann Ihnen versichern,daß alles getan wird,um die Angelegenheit zu einem guten Ende zu führen.

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Albert!

Abg. Albert(mP): Meine Herren! Die wirtschaftliche Lage im Saargebiet wirkt sich außerordentlich ungünstig aus,denn wir haben alle Nachteile des Anschlusses an das französische Wirtschaftsgebiet zu tragen,ohne aber an den Vorteilen desselben beteiligt zu sein. Unsere wirtschaftliche Lage wäre ohne die Hilfe des Deutschen Reiches noch schwerer. Gegenüber der Hilfe aus dem Reiche treten die Leistungen der Saarregierung,die wir anerkennen,weit zurück. Solange die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht verträglicher geregelt sind,werden wir die Leidtragenden sein. Der Steuerdruck lastet schwer auf uns. Wir müssen bei einer Herabsetzung derselben,der Gewerbesteuer das Wort reden. Die Umsatzsteuer muß wie im Reich abgebaut werden.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Wir haben von unserer Partei zu dem sozialdemokratischen Antrag betr. Umsatzsteuer zu erklären: Im sozialdemokratischen Antrage sind die Gegenstände namentlich aufgeführt,die von der Umsatzsteuer frei bleiben sollen. Wir stimmen dem grundsätzlich zu,können uns aber den Antrag nicht zu eigen machen,weil er nicht weit genug geht.Wir beantragen,daß alle Gegenstände des täglichen Bedarfes steuerfrei bleiben, und erheben darüber hinaus nochmals die Forderung nach gänzlicher Beseitigung der Umsatzsteuer.

Nun eine persönliche Bemerkung: Der Herr Kollege Ulrich war so freundlich,in seiner Rede mich einige Mal zu nennen. Damit kein Mißverständnis sich bildet,warum ich ihm Beifall zollte: Eine Partei,die konsequent sein will- die Kommunistische Partei will ja die konsequenteste sein- muß,wenn sie gegen den Krieg zwischen Völkern sein will,auch gegen jeden Krieg im eigenen Volke sein. Weil ich mir sagte,wer dafür ist, muß sich vom Klassenstandpunkt abbewegen.....

(unverständlicher Zwischenruf des Abg.Reinhard)
- Glocke des Vorsitzenden-

Also sagte ich mir,die Kommunisten sind nun von besserer Erkenntnis erfaßt,verzichten auf den Klassenkampf-und das freute mich! So muß die Kommunistische Partei sich also gegen den russischen Kriegsminister Woroschilows wenden,der noch vor einigen Tagen in einer Gewerkschaftsversammlung erklärte,daß Kriege unvermeidlich seien

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

seien und Rußland genügend vorbereitet sein müsse.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Petri!

Abg. Petri(SP): Meine Herren! Herr Kiefer hat meinen Antrag nicht als weit genug bezeichnet. Wir stimmen dem Antrag auf Beseitigung der Umsatzsteuer auf alle Fäkle zu und ich muß erklären,daß ich das in meinen Ausführungen schon berichtet habe. Weil wir nicht annehmen,daß die Regierungskommission darauf eingeht,wollten wir doch wenigstens die lebensnotwendigen Waren von der Umsatzsteuer befreit haben.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Kiefer hat beliebt,einige Worte des russischen Kriegskommissars zu erwähnen. Ich möchte richtigstellen,daß die Kriegsprovokationen nicht von der Sowjet-Union ausgehen, sondern von den englischen Imperialisten. Die Sowjet-Regierung wird sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen,sondern die Wege gehen, die sie notgedrungen gehen muß. Wir haben im letzten Krieg gesehen,daß man das Volk aufhetzte und von den Kanzeln belehrte,Gott strafe England, und heute sagen dieselben Leute,bezahlt uns dann gehen wir mit euch.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Petri!

Abg. Petri (SP): Ich habe den Eindruck,daß Herr Kiefer mit seinem Antrag die Sache zu Fall bringen will. Es ist doch im Ernst nicht daran zu denken,daß man die Umsatzsteuer gänzlich beseitigt.

(Zuruf des Abg. Ulrich: Herrn Kiefer kann man trauen!)

Vorsitzender: Wird zu dem Antrag das Wort gewünscht? Es ist nicht der Fall,dann gilt als Gutachten der Parteien,Bericht mit Kommissionsbeschluß.
Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß sich die Tribüne jeder Äußerung zu enthalten hat.

Wir kommen dann zur Vorläge betr.

Gefangenen-Unfall-Fürsorge.

Ich erteile hierzu dem Berichterstatter, Herrn Abg. Hoffmann das Wort!

Abg. Hoffmann(SP): Meine Herren! Die Vorlage sieht vor, daß für die Gefangenen-Unfall-Fürsorge eine Erhöhung der Rentenbezüge vorgenommen werden soll. Der Landesrat hat sich in verschiedenen Kommissionssitzungen mit der Vorlage befaßt und kam zu der Auffassung,daß man die Struktur der Gefangenen-Unfall-Fürsorge der Struktur der Unfall-Fürsorge für freie

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

freie Arbeitnehmer anpassen soll. In den Kommissionsberatungen ist deshalb die Vorlage der Regierungskommission wesentlich geändert worden. Der Inhalt der Vorlage ist ein ganz anderer geworden. Die Kommission hat beschlossen, daß der § 3 des Gesetzes so geändert werden soll, daß die Errechnung der Renten nach dem in den letzten 3 Monaten vor der Inhaftierung des Verletzten verdienten durchschnittlichen Tagelohn vorgenommen wird. Nur dann, wenn dieser nicht zu ermitteln ist, soll der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Arbeitnehmer die Grundlage bilden.

Sie hat dann des ferneren beschlossen, daß die Höhe der Rente, die in einem Geldbetrag des früheren Gesetzes festgesetzt war, beseitigt wird. Es soll die Rente unbeschränkt gezahlt werden, wie es bei den freien Arbeitnehmern der Fall ist.

Desgleichen hat sie beschlossen, in § 4 die Bestimmung zu streichen, wo die Höchstrente für Witwen und Waisen festgelegt ist. Es ist die Höchstabfindungssumme gestrichen und der dreifache Jahresbetrag festgelegt worden für den Fall, daß sich die Witwe wieder verheiratet.

Ferner ist beschlossen worden, daß die Entschädigung der Hinterbliebenen nicht in demselben Maße in Erscheinung tritt wie bei den freien Arbeinehmern, wenn eine Frau und 2 Kinder vorhanden sind. Dann ist der Antrag nicht vor der Entlassung aus der Anstalt zu stellen, sondern der Berechtigte kann auch noch 2 Jahre nach der Entlassung den diesbezüglichen Antrag stellen, wie dies bei der freien Unfallversicherung der Fall ist. Weiterhin ist beschlossen worden, daß der Verletzte innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Bescheids das Beschwerderecht hat. Die Kommissionsberatungen ergaben, daß der Landesrat beschlossen hat, daß den Verletzten das Beschwerderecht zustehe wie den freien Arbeitnehmern, also das Oberversicherungs- und das Landesversicherungsamt angerufen werden können. In § 23 ist gesagt worden, daß der Beschädigte auch weitere Ansprüche hat, wenn der Unfall durch Fahrlässigkeit und Außerachtlassung der notwendigen Aufmerksamkeit geschieht, sich also die betreffenden Beamten oder der Arbeitgeber des Gefangenen sich in dieser Hinsicht etwas zu schulden kommen ließen und der Geschädigte in einem solchen Falle seine Ansprüche auf Schadenersatz stellen kann. Die Abänderungsanträge der Kommissionen wurden einstimmig gefaßt, es bestand somit die allgemeine Auffassung, daß der alte Rechtsstandpunkt beseitigt werden soll.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Zu dieser Vorlage selbst haben wir nichts zu sagen. Aber da diese Vorlage zweifellos zur Sozialversicherung gehört, können wir nicht an diesem Punkt vorbeigehen, ohne die Regierungskommission darauf hinzuweisen, daß endlich die Frage der Rentengewährung für die Arbeiter, die in

L A Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Lothringen beschäftigt sind,geregelt wird. Ich muß mich darüber beschweren,daß der zuständige Minister, Herr Koßmann, es nicht für notwendig befindet,auf eine diesbezügliche Anfrage zu antworten. Es befinden sich heute noch eine Reihe Arbeiter im Saargebiet,die 25 - 28 Jahre Beiträge in die deutsche Versicherung nach Straßburg bezahlt haben,aber heute keine Rente bekommen. Ich erinnere nur an die Grubenkatastrophe in Merlenbach. Die Regierung war bei dem Begräbnis der Opfer vertreten und hat große Versprechungen gemacht,aber geschehen ist nichts. Mit einem einzigen Federstrich können die Dinge geändert werden. Es genügt schon,daß ein gewisser Paragraph der R.V.O. eine Änderung erfährt,damit die Leute in den Genuß der Rente kommen. Wir können uns nicht einverstanden erklären,daß man uns vertröstet mit dem Würzburger Abkommen. Dieses Abkommen ist ein Schlagwort,das schon mehrere Jahre im Saargebiet spukt,aber die Alters-und Invalidenrentenempfänger haben nichts davon zu essen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr.Heim!

Staatskommissar Dr.Heim: Meine Herren! Auf Grund der gestrigen Fraktionsführerbesprechung habe ich mit Herrn Minister Koßmann Rücksprache genommen und ihm die verschiedenen Anregungen,die gestern zu der Frage der Sozialversicherung gegeben wurden,bekanntgegeben. Herr Minister Koßmann hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen,daß Herr Direktor Thissen von der Sozialversicherung über den Stand der Verhandlungen und die Fragen der Sozialversicherung,die für den Landesrat von Interesse sind,einen Vortrag halten wird. Er bittet den Vorsitzenden der sozialen Kommission,sich mit ihm wegen des Termins in's Benehmen zu setzen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Meine Herren! Die Sozialdemokratische Fraktion glaubt bei der Gelegenheit auch darauf hinweisen zu müssen,daß man die Frage der Sozialversicherung doch noch einmal diskutiert.

Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Reinhard nur voll und ganz anschließen,soweit sie die Rentner von Lothringen betreffen,die hier wohnen und in Lothringen gearbeitet haben,oder die in Lothringen wohnen und hier gearbeitet haben. Es ist unbedingt notwendig,daß das Abkommen,das die Regierungskommission mit dem französischen Staat am 27.5.1926 abgeschlossen hat,geändert wird,daß es sich den tatsächlichen Verhältnissen anpaßt. Die Knappschaftsvereine haben sich mittlerweile verständigt und für die Knappschaftspensionen die Freizügigkeit gewahrt. Es sind den Leuten keine Schwierigkeiten mehr entstanden. Dazu sind die Schwierigkeiten in den Pensionen nicht vorhanden gewesen,weil sich die Knappschaftsvereine schon

vorher

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

vorher verständigt und einverstanden erklärt hatten, daß man stillschweigend zugesteht, daß das, was bei früheren Freizügigkeitsvertrag bestand, beibehalten werden soll.

Die Sozialdemokratische Fraktion bringt bei der Gelegenheit folgende Entschließung ein, die der Regierungskommission zugeleitet werden soll:

E N T S C H L I E S S U N G

der Sozialdemokratischen Fraktion des Landesrates.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Landesrates bedauert, daß die Regierungskommission die in Würzburg im Monat Oktober 1926 niedergelegten Richtlinien betr. Ausbau der Saarländischen Sozialversicherung erst vor einigen Tagen verabschiedet hat. Sie erwartet, daß nun, nachdem die Regierungskommission die Richtlinien anerkannt hat; auch die kommenden Verhandlungen beschleunigt, das Abkommen alsbald abgeschlossen und wenigstens rückwirkend ab 1.1.1927 in Kraft gesetzt wird. Die Fraktion fordert die Regierungskommission auf, dafür Sorge tragen zu wollen, daß die vorgesehene Regelung der Invalidenversicherung auch für die Knappschaftspensionen- Versicherung durchgeführt wird.

Die Fraktion erwartet ferner, daß, nachdem die Versicherungsträger des Reiches wesentliche Lasten für die Sozialrentner des Saargebietes übernehmen, nun auch die saarländische Gesetzgebung der Reichsgesetzgebung angepaßt wird. Dies ist bei allen Versicherungszweigen unbedingt notwendig. Es wird erwartet, daß dem Landesrat alsbald entsprechende Gesetzesvorlagen zur Begutachtung zugehen.

Die Fraktion gestattet sich ferner, die Regierungskommission darauf hinzuweisen, daß die Frage der Wanderrentner in der Invaliden=und Hinterbliebenen-Versicherung in dem von der Regierungskommission des Saargebietes mit dem französischen Staat am 27. Mai 1926 abgeschlossenen Abkommen nicht zur Zufriedenheit geregelt ist. Das getroffene Abkommen hat praktisch für die Wanderrentner keine Bedeutung. Sie erhalten vor wie nach die Dienstzeiten, die sie bei einer Versicherungsanstalt verbracht haben, nicht bei der anderen Versicherungsanstalt mit angerechnet. Auf Grund dessen erhalten sie keine Rente, die ihrer Dienstzeit entspricht. In fast allen Fällen haben sie aber auch überhaupt keinen Rentenanspruch, da sie bei der ersten Anstalt ihre Anwartschaft verloren gehen ließen und bei der zweiten Anstalt die Wartezeit nicht erfüllt haben.

Die Fraktion ersucht die Regierungskommission, diese für die Arbeitnehmer des Saargebietes und Lothringens hochwichtige Frage alsbald zu regeln und zwar in der Weise, wie die Regelung bei den Knappschaftsvereinen beider Gebiete bereits für die Knappschaftspensionen durchgeführt ist."

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

Ich gestatte mir darauf hinzuweisen,daß wir diese Auffassung vertreten, daß jede Versicherungsanstalt ihre Rentenleistungen trägt. Wir können uns der Auffassung des Herrn Reinhard nicht ganz anschließen,daß man einfach die R.V.O.ändert und daß danach die Dienstzeit,die in Lothringen verbracht worden ist,hier angerechnet wird.Denn dann muß der Arbeitnehmer im Saargebiet zuviel Beiträge zahlen, damit die Versicherungsanstalt die Renten ausschütten kann. Deshalb betonen wir,daß das Abkommen zwischen dem französischen Staat und der Regierungskommission entweder ergänzt,damit auch die Frage der Versicherung gelöst wird,oder daß die Versicherungsanstalten unter sich ein entsprechendes Abkommen treffen. Wir haben gesehen;daß das Abkommen,welches die Regierungskommission mit dem französischen Staat abgeschlossen hat,praktisch gar keine Bedeutung hat. Es ist nach meinem Dafürhalten von Leuten abgeschlossen worden,die den Sachverhalt nicht kannten. Es wäre doch unbedingt notwendig,daß bei derartigen Abkommen Leute hinzugezogen würdem,die die Versicherungsverhältnisse kennen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Meine Herren! Meine Partei hat,nachdem das angeführte Abkommen im Amtsblatt veröffentlicht war, sofort hier einen Antrag eingebracht-ihn später mehrmals wiederholt-dieses Abkommen abzuändern. Da es ohne Befragung des Landesrates,ohne Hinzuziehung der interessierten Arbeiterorganisationen zustande kam, beantragten wir, daß das neue Abkommen nur unter Mitwirkung des Landesrates und der zuständigen Organisationen abgeschlossen werden dürfe,damit endlich eine brauchbare Grundlage zustande käme zur Regelung der Rentenansprüche der im Saargebiet wohnenden,aber in Lothringen arbeitenden Arbeiter. Bei verschiedenen Gelegenheiten sind wir auf die Angelegenheit zurückgekommen. Wenn kein volles Ergebnis erzielt wurde, dann liegt das nur an den Widerständen,die von gewisser Seite in der Regierung gemacht werden. Wenn wir heute als Zentrumsfraktion davon Abstand genommen haben,zur Sozialversicherung einen besonderen Antrag einzubringen,so deshalb,weil auf unserem großen Parteitag am letzten Sonntag die notwendigen Entschließungen,die von der ganzen Partei gestützt werden,gefaßt wurden. Wir brauchen uns als Fraktion nur hinter diese Entschließungen zu stellen mit der Aufforderung,daß die darin gestellten Forderungen bald verwirklicht werden,zumal die,die auf das zu schaffende Würzburger Abkommen Bezug nehmen.

Damit keine falschen Auffassungen infolge der Ausführungen des Herrn Reinhard entstehen,möchte ich noch bemerken,daß „das Würzburger Abkommen nicht schon jahrelang spukt",da die Verhandlungen, die die Grundlage für die zu treffenden Vereinbarungen zwischen Reich und Saargebiet schufen,ja erst im Oktober/November 1926 stattfanden. Die Reichsregierung erklärte sich nach den Verhandlungen sofort bereit,ein Abkommen auf der Grundlage der aufgestellten

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

aufgestellten Richtlinien einzugehen. Wenn es bis heute dazu nicht gekommen ist,dann dürfte das an gewissen Widerständen liegen, die sicher von französischer Seite in der Regierungskommission gemacht wurden und Herr Koßmann allein nicht brechen konnte. Er kann für die Verzögerung also nicht verantwortlich gemacht werden.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard!

Abg. Reinhard(KP): Meine Herren! Ich möchte davor warnen, den Antrag der Sozialdemokratischen Partei anzunehmen und zwar deshalb,weil die Annahme dieses Antrages erneut die Geschichte in das Endlose verschiebt. Es ist nicht richtig,was der Abgeordnete Hoffmann sagt,daß wir fordern,die Sozialversicherungsträger der Arbeitnehmer des Saargebietes sollen die Lasten aufbringen für die Arbeitnehmer,die in Elsaß-Lothringen beschäftigt sind. Richtig ist vielmehr,daß die R.V.O. in Lthringen im Jahre 1920 auf Antrag der lothringischen Gewerkschaften geändert wurde, insofern,daß heute die Arbeitnehmer,die in Elsaß-Lothringen beschäftigt sind,alle Renten beziehen, und zwar von der Zeit an,wo Elsaß-Lothringen französische geworden ist. Es handelt sich hier um die Arbeiter,die vorher schon geklebt haben in Elsaß-Lothringen und vielleicht schon 25 und 28 Jahre unter der deutschen Regierung geklebt haben. Es handelt sich nicht um die französische Regierung,die kümmert sich den Teufel darum,auch nicht um Abmachungen. Die Arbeiter haben den Krieg nicht gemacht,den Friedensvertrag auch nicht. Man hat den Leuten nicht gesagt,daß die französischen Beiträge nicht die Wirkung haben,ihre Anwartschaft aufrechtzuerhalten. Das Geld ist nicht dort drüben,sondern in Deutschland angelegt worden. Das Geld ist hier. Es handelt sich um ganz geringe Summen. Es handelt sich nicht darum,nun noch einmal die Sache auf die lange Bank zu schieben und verschleppen zu lassen. Wir sind auch der Auffassung,daß die Gegenseitigkeitsverträge unbedingt verbessert werden müssen. In unserer Bürgermeisterei sind es 23,die geschädigt sind,die die Renten nicht bekommen. Diese können aber mit einem Federstrich ihre Renten erhalten,wenn man nur einen Satz in die R.V.O. einfügt. Das unterstützen Sie und verschieben Sie nicht immer die Dinge und weisen darauf hin,daß Abmachungen getroffen werden. Wir reden sonst noch zehn Jahre davon.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Zu den Ausführungen des Herrn Reinhard kurz folgendes: Ich weise darauf hin,daß für die Rentner, die vor Inkrafttreten des Versailler Vertrages im Reich oder im Saargebiet wohnten,die Versicherungsanstalt Baden im Auftrage des Reiches die Renten zahlte

(Zuruf des Abg. Reinhard: Es ist ja nicht wahr!)

Es

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

Es ist wahr. Sind sie nachher invalidisiert worden, nachdem sie noch eine längere Zeit von der L.V.A. Straßburg unter französischer Herrschaft Marken bezogen, so hat die L.V.A. Straßburg die Renten zu zahlen. Sie ist verpflichtet deshalb, weil nach dem Baden-Badener Abkommen,das vom Völkerbund beschlossen worden ist,Deutschland ja die Reserven zahlen muß. Wir haben keine Ursache,hier als Arbeiter des Bergbaues oder als Arbeiter des Saargebietes Beträge und Lasten zu übernehmen,die der französische Staat zu tragen hat.

Das Schiedsgericht im Haag hat schon vor einem Jahre beschlossen,daß die Zahlungen,die Deutschland in dieser Frage zu zahken hat,in den Daweslasten enthalten sind. Deshalb sagen wir,die Regierungskommission soll ein Abkommen abschließen, daß die Versicherungsanstalt die Verpflichtung übernimmt,die sie zu übernehmen hat. Ich betone, daß wir dem Gedankengang des Herrn Heinhard nicht folgen können. Praktisch wird er auch nie durchgeführt werden,weil dies die Regierungskommission nicht macht. Wir können Herrn Heinhard verraten, daß wir Schritte eingelegt haben,daß das Reich den Unterschied zwischen Lothringer-und Reichs-Rente tragen soll. Verhandlungen sind also im Gange. Wenn das Herrn Heinhard nicht bekannt ist, kann ich nichts dafür,jedenfalls haben wir keine Ursache den Agitationssprüngen des Herrn Reinhard zu folgen.

Dann muß darauf gesehen werden- ich will nicht auf die Würzburger Verhandlungen zurückkommen-daß denn auf Kosten des Reiches ungeheuere Summen in's Saargebiet gesteckt werden sich dies auch in der Saar-Gesetzgebung so auswirkt,daß sie sich der im Reich vorhandenen anpaßt.

Vorsitzender: Ich möchte darauf hinweisen, daß die Entschließung der Sozialdemokratischen Partei kein Antrag ist, und ich bitte, sich nicht allzulange darüber zu verbreitern.
Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Was Herr Hoffmann erzählt,ist mir bekannt. Ich kenne die Abkommen, die 1921 geschlossen wurden und die von Deutschland und Frankreich ratifiziert wurden und weiß auch,was Deutschland an Zahlungen zu leisten hat. Es handelt sich hier um die klare Frage,daß die französischen Versicherungsträger ihren Verpflichtungen nicht nachkommen für die Leute,die im Saargebiet wohnen,ihre Rente zu zahlen. In dem Abkommen,daß Herr Hoffmann anzieht,steht drin,daß das Abkommen getroffen ist aufgrund des Wohnsitzes des Versicherten ohne Rücksicht auf Nationalität. Hier liegen die Dinge so: Die Leute haben ununterbrochen gearbeitet von 1890 bis jetzt und man gibt ihnen die Renten nicht. Der Versicherungsträger des Saargebietes lehnt die Rentenzahlung ab,weil ihre Anwartschaft erloschen ist. Es ist nicht die Schuld der Leute. Ich betone es noch einmal,daß es sich um die Renten dieser Leute handelt. Wenn das Herr Hoffmann nicht versteht, trotzdem er Professor der Sozialversicherung ist, kann ich ihm nicht helfen.

Vorsitzender

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

Vorsitzender: Meine Herren! Wir kommen dann zu Punkt 7 der Tagesordnung. Die Vorlage ist nicht ordnungsmäßig in die Kommission verwiesen. Es ist eine formale Sache, sodaß zu erwägen wäre, ob man dieselbe nicht so verabschieden kann.
Das Wort hierzu hat der Herr Abg. Seiwert!

Abg. Seiwert (Z): Meine Herren! Soweit es sich bei der Verabschiedung der Grenzprotokolle um rein formale Bestimmungen handelt, wie sie für alle Grenzen bestehen müssen, kann man dieselben ohne Debatte verabschieden.
Aber die Frage des Arbeiter-und kleinen Grenzverkehrs muß doch noch kurz besprochen werden. Denn man könnte es in den schwerbenachteiligten Grenzorten nicht begreifen, wenn der Abgeordnete eines Grenzortes dieses dürftige Abkommen nur mit einem kurzen "dankend erhalten" quittieren würde.
Die Regelung des kleinen Grenz-und Arbeiterverkehrs stellt eine alte Forderung dar. Diese Forderungen sind ganz besonders an der Grenze berechtigt, welche sich nicht historisch entwickelt hat, sondern in brutaler Weise Landesteile durchschnitt, welche seit Generationen in innigstem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen. Aufgabe der Regierungskommission und der beteiligten Länder Deutschland und Frankreich war es, eine Regelung zu vereinbaren, welche diesen Interessen Rechnung trägt, ganz besonders aus dem Grund, weil diese Grenzziehung nur eine zeitlich kurze Dauer haben soll. Wenn wir die Abkommen nachprüfen, so müssen wir leider feststellen, daß die daran geknüpften Wünsche und Hoffnungen nur in bescheidenem Maße erfüllt sind. In den Grenzorten des Saargebietes fragt man sich, ob die Regierung wirklich alles getan hat. Man ist der Meinung, daß die Regierungskommission in dieser Angelegenheit viel zu sehr passiv war. Denn nur so ist es zu erklären, daß die Lebensinteressen der Grenzplätze Mettlach, Merzig, Lebach, Homburg und St. Wendel nicht genügend gewahrt worden sind. Seit vier Jahren bemühen sich die Grenzplätze um ein Abkommen, und wenn man all die Mühe und den Aufwand mit dem heutigen Ergebnis vergleicht, so kann man wirklich sagen, es kreißten die Berge und gebahren eine winzige Maus. Ganz bestimmte Gründe halten mich davon ab, an dieser Stelle hier die Verbitterung so zum Ausdruck zu bringen, wie sie an den Grenzorten wegen der wirklichen Existenzgefährdung vorhanden ist. Aus diesem Grunde möchte ich bitten, die Vorlage zu verabschieden und möglichst schnell in Kraft zu setzen, wenn auch nicht alle unsere Wünsche erfüllt sind. Wir wollen zum Ausdruck bringen, daß wir

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

diese Abkommen nur als eine Abschlagszahlung annehmen konnten für eine spätere verbesserte Auflage. Der kleine Grenzverkehr soll das Mittel sein, die Verschiebung der Existenzgrundlagen im Wirtschaftsleben zu verhindern und das dem Arbeiter die Möglichkeit gibt, seinen Lohn zu einem wirklichen Reallohn zu machen. Ganz besonders sorgfältig hätte der Grenzort Merzig behandelt werden müssen, weil dieser seine Kundschaft aus Lothringen verloren hat. Statt dessen ist aber in dem vorläufigen Abkommen von hüben und drüben eine gegenseitige Abriegelung erfolgt, die zwangsläufig zu Verkehrsverschiebungen führen muß.

Zu welchen Zuständen das führt, können wir aus einer Notiz der Zeitung lesen, welche vorgestern über den neun Kilometer von Merzig entfernten Ort Losheim wie folgt berichtet:

"Vor nicht langer Zeit berichteten wir, daß zurzeit in unserem Ort eine ausnahmsweise rege Bautätigkeit herrscht. In Verfolg dieser regen Bautätigkeit und Geschäftsblühen, sind vergangene Woche auf einmal vier neue Geschäfte in's Leben gerufen worden. Zurzeit werden noch große Umänderungen an verschiedenen Häusern vorgenommen, zwecks Errichtung offener Läden. Wie man hört, sollen noch weitere Geschäfte in diesem Jahre in Losheim gegründet werden. Es ist dies ein Zeichen, daß der Geschäftsbetrieb in voller Blüte steht. Zurzeit zählt Losheim mit seinen 3000 Einwohnern einschließlich Hotels, Gasthöfen und Mühlen 86 offene Geschäftslokale. Somit haben sich in den letzten Jahren die Geschäfte fast um das vierfache vermehrt."

Meine Herren! Sie können daraus ersehen, daß der Zustand kein normaler ist. Das, was Losheim jetzt hat, geht Merzig verloren. Wenn in diesen Dörfern heute alle Ställe und Scheunen zu Läden umgebaut werden, wundert es mich nicht, daß das Finanzamt Merzig die Frage ergehen ließ, woher es kommt, daß das Friedenssteuersoll nicht mehr aufzubringen ist. Zu der großen wirtschaftlichen Not, in die die Grenzplätze geraten sind, kommt auch noch eine Verschärfung der Wohnungsnot, durch die Inanspruchnahme vieler zwangsbewirtschafteter Häuser für in den Grenzorten untergebrachten Zollbeamten. Erst im letzten Jahr ist ein Teil in neuerbauten Dienstwohnungen untergebracht worden. Die Stadt Merzig hat aber unter großen Opfern mit teuerem Zinsgeld Siedlungsbauten erstellt zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot. Die Stadt baut also in der

<u>Praxis</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

Praxis Wohnungen für die Zollbeamten. So übernehmen die Grenzplätze zu ihrer Schädigung auch noch einen Teil der Werbekosten für die Zollverwaltung, während die Überschüsse,die sehr erheblich sind, der Allgemeinheit zugute kommen. Es müßte doch zuerst auch die Allgemeinheit alle Unkosten dieser Einrichtung tragen,ehe man sie zum Nutznießer der Überschüsse macht.

Eine weitere Schädigung haben auch die nach Lothringen gelegenen Plätze zu erdulden,indem sie besonders von Lothringen her von französischen Hausierern und Reisenden heimgesucht werden,während es dem saarländischen Geschäftsreisenden bis heute nicht möglich ist,Plätze in Frakreich zu besuchen

(Zuruf: Das stimmt nicht!)

In der Praxis stimmt das!

Staatskommissar Dr.Heim: Die Landjäger sind zur genauen Kontrolle angewiesen worden.

Abg. Seiwert (Z) fortfahrend: Dann haben die französischen Geschäftsreisenden für das Saargebiet die Genehmigung und der Geschäftsreisende aus dem Saargebiet bekommt keine für Frankreich. Genau wie auch in dem vorliegenden Abkommen alle Vergünstigungen auf Gegenseitigkeit beruhen,müßte es auch bezüglich der Hausierer und Reisenden sein. Zu welchen Konsequenten das führt, zeigt,daß Fraulautern bei der Versteigerung der Kirmesbudenplätze sämtliche französischen Schausteller ausgeschlossen hat,weil aus dem Saargebiet kein Saarländer in Lothringen einen Platz steigern darf. Das ist die einzige Konsequenz,die man daraus ziehen müßte. Ein weiterer Schaden ist die Abschnürung der deutschen Grenzdörfer von den Städten bezüglich der Lebensmittelversorgung. Kamen die Produzenten früher in die Kreisstädte,so wurde der Erlös dort gelassen. Heute muß die Lebensmittelversorgung durch Metzer Händler erfolgen,die die Sachen von Metz bringen und den Erlös nach Metz abliefern müssen. Also nichts als eine Schädigung der Grenzstädte.

Zum Schlusse möchte ich die Regierungskommission bitten, daß nach Inkrafttreten des Grenzabkommens für loyale Handhabung gesorgt wird.Denn die Bestimmungen sind für manchen Zollbeamten nichts als eine weiche Nase, die man nach rechts oder links biegen kann. Es darf nicht mehr vorkommen,daß man einer armen Frau,die sich das kärgliche Einkommen verbessern will,einen Eimer Waldbeeren auf die Erde schüttet,weil sie irgend eine Formalbestimmung übertreten hat.

Vor allem wird die Regierungskommission sich ein Verdienst dadurch erwerben,wenn sie an die französische Regierung das dringende Ersuchen richtet,auch dort in aller Kürze das Grenzabkommen zu ratifizieren,damit die Verhandlungen nicht zum Schaden der saarländischen Wirtschaft hinausgezogen werden. Trotz der angezogenen Mängel - sind wir für eine schleunige Verabschiedung.

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Petri!

Abg. Petri(SP): Meine Herren! Der kleine Grenzverkehr wird trotz der vereinbarten Abkommen immer mehr Härten in sich tragen und Schikanen mit sich bringen, solange diese verschiedenen Grenzverhältnisse bestehen und die verschiedenen Preisdifferenzen vorhanden sind. Ich kenne auch eine ganze Reihe Schikanen. Ich muß auch sagen, die französische Zollbehörde dürfte sich loyaler zeigen in diesen besonders kleinlichen Fällen, wo Leute sich nach ihren Zollbestimmungen kleinere Vergehen zuschulden kommen lassen. Ich will Ihnen folgenden wahrheitsgetreuen Fall vortragen: Ein Arbeiter, der seinen Vater, welcher Schneidermeister ist und außerhalb der Saargrenze wohnt, aufsuchte, um bei ihm einen Anzug machen zu lassen, den Stoff dafür aber im Saargebiet gekauft hatte und auch mit demselben über die Grenze kam, mußte erleben, daß man ihm nachher, als er den fertigen Anzug zurückbrachte, diesen beschlagnahmte und ihn in eine Zollstrafe nahm. Die Strafe mit dem beschlagnahmten Anzug belief sich auf ungefähr 800 Franken. Die Bemühungen, die Sachen wieder zurückzu erhalten oder zur Erstattung zu bringen, sind gescheitert. Man hat die Begründung, die durchaus sachlich und klar war, einfach brüsk abgelehnt und die Zahlung der Strafe durchgeführt sowie die beschlagnahmte Ware nicht mehr herausgegeben. Es ist dies nur ein Beispiel. Dutzende derartiger Fälle könnte ich anführen. Trotz den Vereinbarungen, die zwischen den Grenzgebieten getätigt worden sind, können wir das feststellen. Ich empfehle der Regierungskommission, daß sie darauf einwirkt, daß derartige Vorgehen und ungerechte Beschlagnahmungen aufhören.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Becker!

Abg. Becker (Z): Ich muß leider die Angabe des Herrn Staatskommissars, daß bezüglich der Legitimationskarten saarländischer Reisender und französischer Handelsreisenden die Gegenseitigkeit verbürgt ist, zurückweisen. Es ist leider nicht der Fall. Nach einer Verfügung der Regierungskommission sind alle französischen Reisenden ohne weiteres überall im Saargebiet zugelassen. Sie können ungehindert im Saargebiet ihre Kundschaft aufsuchen; umgekehrt kann ein saarländischer Reisender heute noch nicht Elsaß-Lothringen besuchen, ohne Gefahr zu laufen, sich bei der dortigen Polizei ernsthaften Schwierigkeiten auszusetzen. Wiederholt haben die berechtigten Vertretungen des Handels sich dieserhalb an die Regierungskommission gewandt und Material dorthin unterbreitet, ohne daß bis heute eine Regelung erfolgt ist. Wir haben daher den bedauernswerten Zustand, daß die Regierungskommission den ausländischen Reisenden Rechte eingeräumt hat, ohne sich ihrerseits die Gegenseitigkeit verbürgen zu lassen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Vorsitzender: Weitere Anträge liegen nicht vor. Ich stelle fest,daß die Vorlage angenommen ist. Damit ist die eigentliche Tagesordnung erledigt. Es haben außerhalb der Tagesordnung die Parteien zur Abgabe einer Erklärung über die Wirtschaftslage das Wort erbeten. Ich würde vorschlagen,daß vorher der Herr Staatskommissar eine angesagte kurze Erklärung zur Wohnungsfrage abgibt. Die Parteien können dann bei ihren Erklärungen zur Wirtschaftslage sich auch zu der Erklärung des Herrn Staatskommissars äußern.

Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr.Heim!

Staatskommissar Dr.Heim: Meine Herren! Der Antrag der Deutsch-Saarländischen Volkspartei deckt sich mit den früheren Anträgen der übrigen Parteien. Er hat zum Gegenstand den Abbau bezw. die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Der Antrag hat der Regierungskommission vorgelegen und ist eingehend geprüft worden. Die Regierung hat jedoch bei der gegenwärtigen schweren Wirtschafts-Depression geglaubt,insbesondere im Hinblick auf die Notlage weiter schaffender Kreise ,z.Zt.an eine Anderung der Wohnungszwangswirtschaft nicht herantreten zu können. Sie hat daher die Wohnungsverordnung um 3 Monate verlängert,um in der Zwischenzeit sich genau darüber entscheiden zu können,inwieweit den Anregungen und Wünschen nach Lockerung bezw. Abbau der Zwangswirtschaft Rechnung getragen werden kann.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg. Kiefer(Z): Meine Herren! In der Plenarsitzung am 31.März ds.Js. nahm schon meine Partei und die anderen Parteien hier recht eingehend zur Wirtschaftslage Stellung,die sich damals schon im Saargebiet sehr schlecht gestaltet hatte. Meine Partei gab Mittel und Wege an, die geeignet waren, einer weiteren Verschlechterung vorzubeugen.Leider ist unseren Wünschen und Forderungen nicht genügend Beachtung getragen worden. Wohl hat die Regierungskommission die Forderung auf Ermäßigung der Lohn.. und Gehaltssteuer zum Teil erfüllt,im übrigen aber wohl nicht die Tatkraft entfaltet, die unbedingt notwendig ist,um eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftlage an der Saar zu verhindern. Im Gegenteil,sie hat selbst genauso wie der Bergbau,Hütten=,Keram=und Fertigindustrie ab 1.Mai den Lohn=und Gehaltsabbau durchgeführt. In der damaligen Sitzung betonte meine Partei auch die Pflicht des französischen Staates als Grubenbesitzer,das Interesse der Saarbergleute und der ganzen Bevölkerung über das Interesse

des

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

des französischen Schatzamtes zu stellen. Uns ist nicht bekannt geworden,inwieweit die Regierungskommission versucht hat,den französischen Staat zu dieser Rücksichtnahme zu veranlassen. Auch gewisse Industriezweige des Saargebietes schlugen unsere Mahnung in den Wind. In der Fertigindustrie mußte lange die Arbeit ruhen,was beiden Teilen,und zwar den unmittelbar Beteiligten und darüber hinaus dem Mittelstand schwere Nachteile brachte. Erst jetzt hat man durch ein gewisses Entgegenkommen eine Lösung gefunden,nachdem Millionen dem Saarvolk verloren gegangen sind. So hat sich inzwischen die Wirtschaftslage aller Arbeitnehmer und des ganzen Volkes an der Saar verschlechtert.

Besonders unheilvoll hat sich die Lage der Bergleute gestaltet;schon 7 Feierschichten trafen sie. Ich brauche des näheren die Verluste nicht hervorzuheben,die den Bergleuten und der Bevölkerung dadurch entstanden sind. Die gesamte Presse des Saargebietes und darüber hinaus hat das genügend getan. Die Gewerkschaften haben alles unternommen,um die Not bannen zu helfen. Wenn trotzdem die Aussicht keine rosige ist,dann infolge des unhaltbaren Verhältnisses,das durch den Versailler Vertrag,durch die vorübergehende Abtrennung des Saargebietes vom Reiche und durch die Übereignung der Gruben an Frankreich geschaffen wurde.

(Zurufe des Zentrums: Sehr richtig!)

Lediglich unnatürlichen Zuständen ist es zuzuschreiben,wenn im Saargebiet die Folgen dieser aus dem Versailler Vertrag resultierenden Verhältnisse nicht früher so fühlbar wie heute sich bemerkbar machten. Auf Kosten Deutschlands, das von einer nie dagewesenen Inflation geschüttelt wurde,war hier im Saargebiet eine gewisse wirtschaftliche Scheinblüte zu verzeichnen.Die gesamte Preisgestaltung und die Lohn= und Gehaltspolitik,gingen doch tatsächlich auf Kosten Deutschlands. Die bestehende Kohlennot gestattete der Grubenverwaltung eine äußerst üble Konjunktur=politik,deren Folgen heute leider die Bergleute und Bevölkerung des Saargebietes auszubaden haben. Die mehrmaligen langen Streiks im englischen Bergbau, die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich mit der damit verbundenen wirtschaftlichen Lähmung des deutschen Wirtschaftslebens gestatteten es,über die wahren Folgen der Abtrennung des Saargebietes und der Übereignung der Gruben hinwegzutäuschen. Wir stehen nun leider mitten in den Folgen der Abtrennung, und sie träten noch viel schlimmer in die Erscheinung,wenn das Reich keine Hilfe gewährte. Das einmal klar hier auszusprechen,halten wir für unsere besondere Pflicht. Wenn das Reich keine Zollstundungen gewährte,wenn es nicht den Löwenanteil der Kriegsrenten bezahlte,wenn es der Wirtschaft keine Kredite gewährte,wenn es die Sozialversicherung nicht zu sanieren versuchte,dann wäre das wirtschaftliche Elend

im

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

im Saargebiet noch weit größer und fühlbarer.

(Zuruf des Zentrums: Sehr richtig!)

Meine Herren! Wo es so ist und der Bevölkerung dieses Gebietes das vornehmste Recht eines Volkes genommen ist, selbst sein Schicksal zu gestalten, muß der Ruf mit aller Klarheit und Eindringlichkeit erhoben werden, daß es an der Zeit ist, den unhaltbaren Verhältnissen durch Zurückgabe des Gebietes ein Ende zu machen.

(Rufe aus dem Zentrum: Bravo, Sehr richtig!)

(Zuruf des Abg. Reinhard: Dann wird's aber auch nicht besser!)

Wenn das Reich alles betreuen soll, Wirtschaft, Sozialrentner, Beamte, Angestellte, Arbeiter und Sozialversicherung, dann ist es an der Zeit, wenn Frankreich als Grubenbesitzer seinen Verpflichtungen nicht nachkommen will oder nachkommen kann, diesen Zuständen durch Zurückgabe des Gebietes ein Ende zu machen. In eingehender Weise hat unsere Partei sich am letzten Sonntag mit diesen Fragen beschäftigt, und speziell mit der wirtschaftlichen Lage des Gebietes. Es erübrigt sich . heute hier nochmals eine eingehende Darstellung zu geben. Unser Parteitag faßte seine Meinung in wichtigen Entschließungen zusammen, die unzweideutig zum Ausdruck bringen, was nottut. Ich verweise da auf die Entschließungen betr. die politische Lage, betr. die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer, betr. die Lage der Gesamtwirtschaft, der Angestellten- und Beamtenschaft, und erkläre, daß wir als Fraktion diese Entschließungen uns ausdrücklich zu eigen machen und die angegangenen Instanzen auffordern, und zwar nachdrücklichst, entsprechend zu handeln. Durch schnelle Verwirklichung der in den Entschließungen zum Ausdruck gebrachten Forderungen kann der wirtschaftlichen Verelendung gesteuert und das Unrecht gutgemacht werden, das durch den Versailler-Vertrag an dem Saargebiet und der Bevölkerung des Saargebietes begangen wurde. Die Not den Volkes verpflichtet dazu, das klar auszusprechen. Wenn Frankreich unter Ausnutzung seiner Position nach Abschluß des Waffenstillstandes diese dazu benutzt hat, sich die Gruben eines fremden Gebietes übereignen zu lassen, als angeblicher Ersatz für die im Norden Frankreich entstandenen Kriegsschäden an den Gruben, dann hat dieses Land vor der ganzen Welt die moralische Verpflichtung übernommen, auch für die Menschen zu sorgen, die auf diesen Gruben beschäftigt sind. Will es dieser Verpflichtung nicht nachkommen, dann soll es ehrlich die Konsequenzen ziehen und endlich darin einwilligen, daß Gebiet und Gruben zurückkehren, damit nicht die Verelendung wächst und das wahr wird, was

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

die "Lothringer Volkszeitung" mit Recht geschrieben hat, "daß in die Herzen der Menschen, die hart an unserer Grenze wohnen, die Saat eines tiefen Hasses gesät wird."

(Bravo Rufe des Zentrums!)

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hoffmann!

Abg. Hoffmann (SP): Meine Herren! Der Landesrat hat sich fast in jeder Sitzung mit der großen Notlage, in der sich die Arbeinehmer des Saargebietes befinden, beschäftigt. Es hat praktisch keinen Zweck, daß wir heute noch einmal wegen dieser Sachlage große Reden halten. Jedenfalls wird es notwendig sein, daß wir der Regierungskommission und den sonstigen maßgebenden Instanzen nochmals vorhalten, was in der Frage unbedingt geschehen muß. Unsere Fraktion hat mich beauftragt, im Namen der Fraktion folgende Entschließung der Regierungskommission zugehen zu lassen:

> "Die Sozialdemokratische Fraktion des Landesrates weist die Regierungskommission nochmals auf die große Notlage, in der sich die Bergarbeiter befinden, hin. Sie fordert die Ergreifung von Maßnahmen, damit die große Notlage beseitigt wird. Vor allen Dingen erwartet sie, daß eine Vergütung der Feierschichten an die Bergarbeiter gewährt wird. Die Regierungskommission wird ersucht, sich in diesem Sinne bei der französischen Regierung zu verwenden oder selber aus öffentlichen Mitteln des Saargebietes für diese Feierschichten eine Vergütung zu zahlen.
>
> Ferner werden steuerliche Erleichterungen gefordert, insbesondere Befreiung der lebensnotwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände von der Umsatzsteuer. Gleichzeitig wird eine Erhöhung des Existenzminimums in der Einkommenbesteuerung gefordert. Die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten sowie die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Einführung der Kurzarbeiterfürsorge ist unbedingt durchzuführen. Den streikenden und ausgesperrten Arbeitern ist die Erwerbslosenunterstützung zu zahlen. Desgleichen ist die eingeführte Einschränkung bei der Erwerbslosenunterstützung für die Bauarbeiter wieder aufzuheben, da die Bestimmungen für alle Arbeitnehmer gleich sein müssen.
>
> Die Sozialdemokratische Fraktion des Landesrates erwartet, daß die Regierungskommission sich endlich ihrer Pflicht bewußt wird, da es so im Saargebiet nicht mehr weitergehen kann."

Meine

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

Meine Herren! Ich gestatte mir,dann noch darauf hinzuweisen,daß die Regierungskommission erneut in ihre alten Maßnahmen zurückzufallen droht. Im letzten Amtsblatt ist eine Verfügung...

(Vorsitzender unterbricht: Gestatten Sie,Herr Hoffmann,es war verabredet über diese Sache nachher zu sprechen.)

(Zurufe der einzelnen Parteien: Lassen Sie nur darüber reden!)

Die Regierungskommission hat eine neue Erschwerung der Einreise ins Saargebiet losgehen lassen. Dagegen erhebt meine Partei Protest. Ich habe den Auftrag, der Regierungskommission folgende Protestentschließung zu übermitteln:

"Die Sozialdemokratische Fraktion des Landesrates erhebt gegen die neue Erschwerung der Einreise ins Saargebiet,welche von der Regierungskommission durch die Verordnung vom 24.Mai 1927 durchgeführt ist,den schärfsten Protest.

Sie fordert die Beseitigung dieser Verordnung,da es keinesfalls angehen kann,daß man die Einreise eines Deutschen in das deutsche Saargebiet noch von einer Einreisegenehmigung abhängig macht,zu einer Zeit,in der bereits durch Abmachungen verschiedener Länder die Einreisegenehmigung für Ausländer forgefallen ist."

Zu Schluß gestatte ich mir,noch darauf hinzuweisen, daß wir in allen den Forderungen, die unsere Partei und die Gewerkschaften in der letzten Zeit an die Regierungskommission gestellt haben, erwarten,daß endlich,wenigstens die Forderungen,die unbedingt zur Beseitigung der großen Notlage gestellt wurden,berücksichtigt werden.

Den Arbeitern ist zu empfehlen,der Parole der Gewerkschaften zu folgen. Dann wird nach meinem Dafürhalten,in all den Fragen,die uns alle an der Saar angehen,mehr erzielt werden, als wenn einfach über die Köpfe der Führer hinweg,dies und jenes eingeleitet wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Gestatten Sie, daß ich mit der Frage der Erschwerung der Einreise,meine Ausführungen beginne.In der gestrigen Fraktionsführerbesprechung wurde von irgend einer Seite der Vorschlag gemacht,die Parteien des Landesrates sollten in dieser Frage doch eine einheitliche Erklärung gegen die Regierungskommission abgeben. Ich habe dort erklärt, daß wir als Kommunistische Partei Grundsätze haben und auch nach diesen handeln. Daß wir recht hatten, nach unseren Grundsätzen zu handeln und uns nicht

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

vom Bürgertum einseifen zu lassen, wie es die Sozialdemokraten tun, beweist die Saarbrücker Zeitung von heute. Diese bringt heute in der Frage der Erschwerung der Einreise in's Saargebiet einen Leitartikel, der unterschrieben ist, vom Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung, den aber nach meinem Dafürhalten der jüngste Setzerlehrling besser geschrieben hätte, als dieser. Sie schreibt, daß man deutsche Abgeordnete aus dem Saargebiet ausweisen und in die Hände der Faszisten nach Bayern ausliefern soll. Gleichzeitig wird in diesem Schanddokument erklärt, von diesem Lausjungen....

(Glocke des Vorsitzenden)

(Worte des Vorsitzenden gehen verloren, da der Abgeordnete Reinhard sehr erregt spricht.)

Das ist ein Lausbub, so eine erbärmlicher Schurkerei.

(Wiederholte Glockensignale und Ordnungsrufe des Vorsitzenden)

Es steht da geschrieben:

" In Paris aber und in London, wo zurzeit der Kampf gegen den Bolschewismus die schärfsten Formen angenommen hat, dürfte man ein besonderes Interesse dafür zeigen, wie dieser Kampf im Saargebiet von den Vertretern Frankreichs und Englands geführt wird. Und da ergibt sich bei näherem Zusehen ein höchst eigenartiges Bild: Während harmlose deutsche Sportverbände und Kindergruppen die Regierungskommission so beunruhigen, daß ihr Pfingstfest zunächst verboten und erst nach allerlei Verhandlungen erlaubt wurde, sind

die Kommunisten und Schützlinge und Lieblinge

der für die Sicherheit im Saargebiet verantwortl. chen französischen Beamten. Deutsche Bolschewisten, die drüben steckbrieflich verfolgt werden, finden hier freundlichste Aufnahme und erhalten sofort die Aufenthaltsgenehmigung, selbst wenn sie mit falschen Pässen eingereist sind. Als "Saarländer" können sie nach einiger Zeit auch Elsaß-Lothringen und Frankreich mit ihrer segensreichen Tätigkeit beglücken. Wird ihnen dort der Boden zu heiß, so bietet ihnen das Völkerbundsgebiet an der Saar immer wieder Zuflucht.

Man sollte glauben, die Ansammlungen von Spionen, Spitzeln und Verrätern in Saarbrücken genügte schon, um die moralische

Korruption

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

Korruption an den Pranger zu stellen,die entstehen muß,wenn eine landfremde Regierung ein sich sträubendes Volk bedrückt. Aber nein,man hat das Saargebiet auch noch zum Unschlagplatz für den Kommunismus gemacht, um selbst hier im Trüben zu fischen. Betrogene Betrüger!"

Meine Herren! Dieses Schanddokument,das hier veröffentlicht wird, wird unsere Partei veranlassen, Stellung zu nehmen über die Verhältnisse im Saargebiet. Täuschen Sie sich nicht über die Kommunistische Partei. Die Kommunistische Partei ist eine Macht im Saargebiet und erhält nun von einem solchen Schmierfritzen in der Zeitung eine solche Antwort. Wo die Betrüger und die Spitzel sind, werden wir Ihnen beweisen. Wer ist der Mann,der von der Regierungskommission nach Bayern ausgeliefert werden soll,der Bayerische Abgeordnete Josef Schlaffer ist bestraft,weil er Kommunist ist. Sonst nichts, nur weil er für seine Partei gestanden hat. Keine Regierung kann ihn ausweisen und dieser Schandbube verlangt seine Ausweisung.

(Glocke des Vorsitzenden)

(Vorsitzender: Herr Reinhard,ich bitte Sie dringend,sich an die parlamentarischen Gepflogenheiten zu halten,ich muß Ihnen sonst das Wort entziehen.)

Wenn in Bayern die Monarchisten die republikanische Fahne mit Petroleum begießen und verbrennen,aber in der deutschen Republik an der Futterkrippe sitzen, und dieser Lausbub kommt mit einem solchen Dokument. Wirklich eine solche Unverfrorenheit und Frechheit kennt keine Grenzen.

Nun meine Herren, wie steht es mit der Unterstützung der Kommunisten im Saargebiet ? Ich will Ihnen einmal einige Beispiele erklären:

In der Bürgermeisterei Ludweiler sind bei den letzten Wahlen zweidrittel aller Stimmen auf die Kommunistische und Sozialdemokratische Partei gekommen. Die Kommunisten haben 300 Stimmen mehr erhalten als alle übrigen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten. Und wer wird jetzt Bürgermeister in Ludweiler? Vielleicht ein Kommunist ? Oh nein! Einem Zentrumsmann verschreibt man sich aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf. Wahrscheinlich hat er sich in der deutschen Separatistenzeit seinen Mann gestellt.

Und weiter,wie die Regierung auf der Seite der Kommunisten steht,ein anderes Beispiel:

Im Hause befindet sich die Delegation der Bergarbeiter,die von der Not getrieben auf die Straße gingen und verlangten,daß man ihnen

<u>ihren</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

ihren Lohn gibt. Als Dank dafür hat die Regierungskommission auf Grube Jägersfreude den Sicherheitsmann gemaßregelt und weiter einen Sicherheitsmann auf Grube Kohlwald. Und die Herren, die hinter der Saarbrücker Zeitung stehen, erinnere ich daran, als vor dem Kriege die Sicherheitsmänner geschaffen wurden, daß damals nicht mit Unrecht die Sozialdemokratischen Parlamentarier diese Dinge als weiße Salbe schilderten. Heute redet man kein Wort für diese Leute, die durch die Not getrieben, auf die Straße gingen und gemaßregelt wurden. So sieht die Unterstützung für die Kommunistische Partei aus.

Ich war dieser Tage in Hülzweiler. Dort hat das Schulkollegium einfach zwei Kinder, die vierzehn Jahre alt sind, gezwungen, länger in die Schule zu gehen. Warum? Es ist schrecklich. Die zwei Mädchen haben an einem Theaterspiel teilgenommen. Eine andere Frage:

Ich habe am 21. April Beschwerde erhoben bei der Saarregierung, daß die Schulabteilung sämtliche Schulvorstandsmitglieder der Kommunistischen Partei nicht bestätigte, trotzdem sie rechtmäßig gewählt sind. Bis heute habe ich noch keine Antwort erhalten. Sagen Sie es Ihrem Herrn Nagel von der Saarbrücker Zeitung. Warum denn die Unterdrückung der Kommunistischen Partei? Warum denn die Verfolgung, wenn wir so lieb und so gut mit der Regierungskommission stehen.

Nun, meine Herren, wenn man in der Saarbrücker-Zeitung schreibt, wir könnten nach dem Elsaß und nach Lothringen reisen, so will ich Ihnen auch das widerlegen. Warum gibt man mir keine Einreise nach Lothringen? Meinen Sie vielleicht deshalb, weil von Nationalismus triefende Reden halten, wie viele von diesen Parteien, die heute mit diesem Zauber der Bevölkerung des Saargebietes die Augen verkleistern wollen.

In der Gemeinde Nalbach hat ein Gemeinderat getagt und zwar zur Hälfte aus Zentrumsleuten, zur Hälfte aus Kommunisten, aus Arbeitervertretern. Diese eine Hälfte hat niedergelegt aus Protest wegen nachgewiesener Rechtsbeugung, die der Bürgermeister gemacht hat. Dann geht der Pastor hin, er und der Bürgermeister veranlassen einen anderen, einen der schon niedergelegt hatte, sein Mandat wieder anzuerkennen. Schon ist wieder alles intakt. Der Gemeinderat tagt wieder. Aber der, der wieder zu seinem Gemeinderatsmandat gekommen ist, hatte einst eine Gemeindeumlage, vielmehr eine Umsatzsteuer von jährlich 120 000 Franken, und nachdem er wieder angenommen war, eine solche von 20 000 Franken.

Zuletzt möchte ich noch auf die Zustände in Dudweiler hinweisen. Es ist bekannt, daß dort die Regierung den Gemeinderat aufgelöst hat. Der Landrat Vogler, die rechte Hand der Regierung, hat sogar vom Gericht gefordert, unseren Fraktionsführer ins Gefängnis zu stecken, um dadurch Ruhe zu bekommen.

Wir

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Wir haben die Abschriften vom Gericht in Händen. Und dann wagt man unsals Spitzel und Provokateure zu bezeichnen,wie es hier in diesem Schanddokument geschehen ist. Die Kommunisten werden dafür sorgen, daß diese Zeitung in den nächsten Wochen und Monaten von 10 000 Lesern richtig erkannt wird. Wir werden ihre Schande im Saargebiet überall anprangern, wo uns die Möglichkeit gegeben ist.

Und nun zu der Lage selbst. Herr Kiefer erzählt hier,die Saar muß sofort an Deutschland angeschlossen werden,dann hat alle Not ein Ende. Ich habe in der letzten Sitzung schon betont,daß die kapitalistische Wirtschaftsform überall in immer größere Schwierigkeiten gelangt und gelangen muß und zwar nach dem Gesetz,nach der Wissenschaft, die Karl Marx erhoben hat. Jeder Bergmann weiß das, daß nicht die Schuld daran liegt,weil zufällig der französische Staat Besitzer der Gruben ist, sondern weil der englische Bergarbeiterstreik von den Gewerkschaften untergraben worden ist und weil die englischen Bergarbeiter heute eine Stunde länger arbeiten und weil sie billiger arbeiten und weil deshalb die englischen Kohlen billiger sind und weil man in Deutschland die Arbeitszeit verlängert hat. Deshalb sind die Kohlen billiger. Diese billigen Kohlen drücken als Konkurrenz auf die Kohlen des Saargebietes. Wenn das Herr Kiefer, als Gewerkschaftssekretär bestreiten will,dann weiß ich nicht,wie er Politik machen will. Mit seinen Phrasen kann man die Wirtschaftslage nicht bessern,sondern man muß die Frage behandeln,wie sie ist. Und wenn Herr Hoffmann sagt, die Arbeiter müssen darauf warten,bis die Gewerkschaftsführer rufen,dann wird es schon besser werden. Nein,meine Herren,damit will man bloß sagen,die Kommunisten haben die Arbeiter wieder aufgestachelt.

(Zuruf des Abg.Petri: Stimmt auch!)

Wenn das stimmt, dann gibt es eine Einheitslinie von den Sozialdemokraten bis rechts. Gehen Sie doch hinaus in die Bergbaubetriebe,wenn Sie Gewerkschaftsführer sind,dann werden Sie sehen,daß die Arbeiter nicht mehr aufgestachelt zu werden brauchen. Dann werden Sie sich nicht mehr hierher stellen und sagen,die Kommunisten sind die Hetzer. Meine Herren, ich frage Sie,wenn Sie eine Familie haben und es ist Zahltag und Sie bekommen statt Geldse Schuldscheine ob da noch ein Kommunist zu kommen braucht. Wie sollen sich denn die Leute wehren? Die Gewerkschaftsführer sagen nur, abwarten! Die Regierung ist ersucht worden,etwas zu tun,sie sagt,wartet bis wir Euch rufen. Ja, dann kann man lange warten. Ich erinnere hier an den Ausspruch eines christlichen Bergarbeiterführers vor dem Krieg,der gesagt hat..

(Zuruf des Abg. Kiefer:Ist der Knochen immer noch da ?)

wenn

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4 I

wenn ihr Bergleute wartet, bis der preußische Landtag etwas bewilligt. .

(Zuruf des Abg. Kiefer: Ist der Knochen immer noch da?)

(Ein Parteifreund von Ihnen.) dann könnt ihr warten, bis man von seinen Knochen Birnen von den Bäumen wirft. Das hat ein christlicher Bergarbeiterführer an der Saar einmal gesagt. Was sollen die Saararbeiter noch mehr verlieren ? Wir machen den Leuten keine Illusionen vor. Wir wissen, daß der Anschluß an das Reich nicht nur mit sich bringt eine Beseitigung des Achtstundentages-, -das Achtstundengesetz besteht in Deutschland nicht mehr, sondern ein Zehnstundengesetz-, wir wissen, daß es mit sich bringt die Entlassung von 20 000 Bergleuten. Wenn Ihr den Leuten das verschweigt zu sagen, dann seid Ihr zu feige dazu.

(Zuruf des Abg. Petri: Wir machen ihnen keine Phrasen vor!)

Ihr macht Ihnen keine Phrasen vor, aber die Leute, die hier gesprochen haben, haben Phrasen gesprochen. Ich möchte betonen, im Saargebiet gibt es kombiniertes Kapital, nicht nur das Grubenkapital, in der Schwerindustrie, in der Eisenindustrie gibt es kombiniertes deutsches und französisches Kapital. Ich möchte Sie daran erinnern, Herr Kiefer, daß die Lohnabbauoffensive gemeinsam vorgenommen wurde-oder Ihre Zeitung hat gelogen-und zwar gemeinsam vorgenommen wurde von den deutschen und französischen Unternehmern. Sie sind gemeinsam gegen die deutschen Arbeiter vorgegangen. Ihr wißt nur als Allheilmittel anzugeben, sofort den Anschluß an Deutschland, bei den deutschen Unternehmern wirds schon besser werden. Weit gefehlt! Die deutsche Regierung, die den Arbeitern hier helfen soll, hat etwas anderes zu tun, als den Arbeitern oder den Invalidenrentenempfängern in ihrer Not beizuspringen. Sie muß vor allen Dingen einmal den deutschen und französischen Unternehmern des Saargebietes die Zölle schenken. Wenn die Arbeiter die Forderung erheben, daß man ihnen auch etwas davon gibt, dann sagt der Vertreter der Deutsch-Saarländischen Volkspartei auf einer Tagung, " diese unverschämten Forderungen der Arbeiter müssen endlich einmal aufhören." Herr von Vopelius ist leider nicht mehr da, aber er hat es wörtlich gesagt, und zwar habe ich das seiner Rede in der Saarbrücker Zeitung entnommen. Diese Zeitung ist sein Leiborgan und diese wird doch nicht bringen, was er nicht gesagt hat.

Ferner hat die deutsche Regierung Betreuungsgelder in das Saargebiet geschickt. Ich habe aber noch nichts davon gesehen, daß auch der hungernde Saarbergmann etwas bekommen hat von den Millionen, die man ausgeschüttet hat. Und nun kommt Herr Kiefer

hierher

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

hierher und sagt,ihr Arbeiter,helft nur gemeinsam, der Anschluß an Deutschland wird alles bringen. Wenn ihr auch bis dahin verhungert seid. Der ärmste Sohn ist der getreueste. Das ist er immer gewesen. Wenn der arme Saarbergmann ausgehungert ist, wird er nachher immer wütender auf die Franzosen schimpfen. So denken die Leute. Sie haben dann ihre Suppe im Trocknen,die sie jetzt noch auskochen. Das ist das A und O,das aus Ihrer Rede herausklingt. Zwei Zechen sind demonstrativ herausgegangen und demonstrierten für ihre Forderungen. Dabei muß ich feststellen,daß diese Zechen sozialdemokratische und christliche Arbeiter haben. Ich weiß nicht,seit wann dieselben Kommunisten sind. Wenn das so ist, wie sie sagen,dann haben wir die ganze Arbeiterschaft des Saargebietes hinter uns. Wenn wir rufen, dann kommen die Arbeiter. Dieses Verbrechen kreidet Ihr den Leuten an als kommunistische Mache.

Was ist das, was die Regierungskommission in der Frage der Sicherheitsmänner tut? Warum lehnen die Gewerkschaftssekretäre, die Führer,die Sicherheitsmänner ab? Geben Sie mir,Herr Hoffmann,Antwort auf die Erklärung des Generaldirektors der Gruben, der sagte,daß er in der Frage der Maßregelung der Sicherheitsmänner mit seinen Tarifkontrahenten einig sei. Geben Sie mir Antwort,Herr Hoffmann! Ich habe mich gewundert,daß Herr Hoffmann nicht auf das Ersuchen der Sicherheitsmänner eingegangen ist. Wenn Sie,als Gewerkschaftsführer verlangen,daß die Arbeiter auf Sie hören sollen,dann haben Sie aber auch die Verpflichtung,für die Rechte der Arbeiter einzutreten. Die Sozialdemokratische Partei aber hat das Sicherheitsmänner-Gesetz abgelehnt. Der Sicherheitsmann Wunn wurde gemaßregelt,weil er gegen die Vorschriften verstoßen haben soll. Was hat er gemacht ? Er hat die Leute gefragt,ob gestreikt wird oder nicht. Er hat von seinem Koalitionsrecht Gebrauch gemacht und das Oberbergamt,mithin die Saarregierung und die Grubenverwaltung haben ihn im Einverständnis der Gewerkschaftssekretäre bestraft, weil er,wie ich schon sagte,die Vorschriften überschritten haben soll. Wo bleiben die geringen Rechte der Arbeiter in den Betrieben,wenn der gewählte Sicherheitsmann nicht das Recht hat,die Leute zu fragen,ob sie anfahren wollen oder nicht ? Ich glaube,wenn verschiedenen Leuten der Lohn ausgezahlt worden wäre, den die Bergleute erhalten haben,hätten diese etwas anderes gemacht,als gestreikt. Wir unterstützen deshalb die Forderungen der Belegschaft von Jägersfreude,daß der Sicherheitsmann Wunn eingestellt wird.

Wir verlangen von der Saarregierung,daß sie entsprechend dem Sicherheitsmänner-Gesetz,die Entlassung von Sicherheitsmännern verbietet und wir ersuchen die übrigen Fraktionen noch einmal,sich diesem Standpunkt der Belegschaft anzuschließen und zwar deshalb,damit den Arbeitern tatsächlich ihr Recht gegeben wird.

Im übrigen möchte ich noch zum Schluß folgendes

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

folgendes erwähnen:
Herr Kiefer hat in einer sogenannten persönlichen Bemerkung heute morgen erklärt,daß durch die Haltung der russischen Regierung ein Krieg heraufbeschworen wird. Wir stehen auf dem Standpunkt,daß wir heute oder morgen in einen neuen Krieg hineingeraten. Herr Kiefer hat gesagt,die russische Regierung wird den Krieg für notwendig halten. Ich möchte sagen, genau so wie die Arbeiterschaft des Saargebietes in dieser Frage fühlt,genau so fühlt die Arbeiterklasse in Deutschland. Verrechnen Sie sich nicht, wenn Sie sich einbilden,daß der deutsche Arbeiter die Knarre auf den Buckel nimmt,um zu helfen die Ukraine von Rußland zu trennen. Das deutschnationale Organ,die Saarbrücker Zeitung, bringt einen Artikel, welcher sagt,England soll zahlen und wir sind alle Schandtaten bereit. Aber Sie werden sich verrechnen. Sie können diesen Kurs verfolgen in der Lohn-Politik, in der Frage der Bekämpfung der Kommunisten des Saargebietes durch Auslieferung von Kommunisten an die bayerische Regierung. Die Kommunistische Partei wird ihren Weg gehen. Wir haben die historische Aufgabe, die Arbeiterschaft zum Sieg zu führen und sie wird siegen. Sie wird kämpfen für Beseitigung der kapitalist. Anarchie. Wir haben ferner die Aufgabe,die Menschheit vor der Barbarei zu bewahren. Der nächste Krieg,der kommen wird, wird die Menschheit nicht nur um hundert Millionen vermindern,sondern sie in die Barbarei zurückschlagen. Wir können diesen kommenden Krieg nur mit der Waffe in der Hand zurückschlagen. Man kann nicht einen Krieg bekämpfen,indem man sagt,„ Nie wieder Krieg!" Deshalb Krieg dem imperialistischen Kriege- Hände weg von der Sowjet-Unoin!.

Vorsitzender: Ich muß die Bemerkung zurückweisen,womit Herr Reinhard den Bürgermeister von Ludweiler des Separatismus verdächtigt.

(Zuruf des Abg. Reinhard: Ich habe nur gesagt, vielleicht war er in der Separatistenbewegung sehr bekannt.)

Herr Schmelzer ist durch eine Zahnoperation am Sprechen verhindert. Er wird daher in der nächsten Sitzung zu der Angelegenheit Stellung nehmen.
Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher!

Abg. Levacher(Z): Meine Herren! Die Verordnung im Amtsblatt lautet: "Verordnung betr. Regelung des Verkehrs im Saargebiet." Es wäre einfacher gewesen,darüber zu schreiben:" betr. Verhinderung des Verkehrs mit Deutschland. Das hätte die Sache besser getroffen. Was nun vom Standpunkt meiner Partei zu dieser Sache zu sagen ist,ist folgendes:
Wir finden diese Verordnung außerordentlich bedauerlich. Bedauerlich zunächst im Interesse der Regierungskommission selber. Es hat bekanntlich in Berlin in diesen Tagen eine Sitzung der Völkerbundsligen stattgefunden,wo die Freunde des Völkerbundes sich

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

sich über die Praxis und die Theorie aussprachen. Eine der besten Entschließungen ist die,daß die Minoritäten in den kleinen Staaten gegen die Vergewaltigung durch die Majoritäten geschützt werden sollen. Meine Herren! Im Saargebiet scheint es mir so, daß das Volk,die Gesamtheit des Volkes,geschützt werden soll gegen einige Leute,die an der Spitze der Regierung stehen und die sich Völkerbundsregierung nennt.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Es ist außerordentlich bedauerlich,im Interesse des Verhältnisses zwischen Bevölkerung und Regierungskommission. Wie soll es dazu kommen, mit einer gewissen Loyalität mit der Regierungskommission zusammenzuarbeiten,wenn zuletzt derartige Verordnungen veröffentlicht werden,die jeden Grundes entbehren,Verordnungen,die geeignet sind,eine außerordentliche Erregung gegen die Regierungskommission auszubreiten,die vor allem nutzlos sind. Wie sich die Regierung die praktische Durchführung denkt, ist mir schleierhaft. Wir haben eine Fülle von Landjägern. Wenn wir über die Grenze kommen,werden wir nicht nur durch den Zoll belästigt,sondern wir müssen auch dem Landjäger die rote Karte vorzeigen. Das zu einer Zeit,wo Deutschland mit seinen Nachbarn Verträge schließt,wo man gegenseitige Einreise fordert, in dieser Zeit kommt diese weitere Erschwerung.

Der Grund dieser Verordnung soll die Teilnahme von etwa 12 000 Turnern an einer Feier im Saargebiet sein. Nun stellen Sie sich vor,meine Herren, wenn man diese 12 000 Teilnehmer an dem Turnfest verhaften und abschieben würde. Das sind Dinge,die undurchführbar sind. Damit kann man nicht verhüten, daß die Erregung der Bevölkerung nur noch größer wird. Es kommt einem beinahe der Gedanke,daß zu einer Zeit, wo die wirtschaftliche Not im Saargebiet so groß geworden ist,nunmehr auch die Not des Geistes dazu kommen soll.Man will uns offensichtlich von geistigen Zusammenhängen in Deutschalnd abschneiden. Nachdem öffentlich der Widerstand des Präsidenten Hault gegen die geistige Freiheit der Saarbevölkerung gebrochen worden ist,kann die Regierungskommission sich ihrerseits an das der Bevölkerung gegebene Versprechen halten. Und ich kann ihr heute sagen, daß es vollkommen daneben gegriffen ist,wenn sie versucht,die Freiheit der Bevölkerung durch neue Verordnungen zu unterbinden. Wir werden uns an der Saar in keiner Weise von unserem Volkstum abbringen lassen; im Gegenteil,je stärker die Regierungskommission auf uns hämmert,umso härter macht sie uns, und den Erfolg wird sie erleben."

Vorsitzender

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hussong!

Abg. Hussong (DSV): Meine Herren! Namens meiner Fraktion habe ich folgende Entschließung abzugeben:

" Durch die Verordnung der Regierungskommission vom 16.April 1925 war die Einreise in das Saargebiet grundsätzlich freigegeben worden; es genügte seitdem ein Ausweis, oder ein sonstiger Ausweis, der von der Heimatbehörde des Einreisenden ausgestellt war.

Diese Verordnung hat sich in der Praxis durchaus bewährt, irgendwelche Reibungen haben sich nicht ergeben. Trotzdem bringt das Amtsblatt vom 1.Juni 1927 zu obiger Verordnung eine Zusatzverordnung, durch die die Einreise in Einzelfällen wieder erheblich erschwert werden soll. Diese Verordnung bringt eine in der Praxis keinesfalls durchführbare Unterscheidung zwischen Personen, die an einer öffentlichen Versammlung teilnehmen oder die es nicht tun.

Es bedarf keiner Frage, daß die Durchführung dieser neuen Verordnung zu erheblichen Reibungen führen muß, nachdem dadurch eine derartige unklare Rechtslage geschaffen worden ist. Auch aus diesem Grund ist die neue Verordnung völlig unhaltbar.

Wir weisen auch darauf hin, daß die Einreise aus Frankreich nach dem Saargebiet niemals einer Beschränkung unterworfen war und daß die Verkehrsregelung schon in ihrer bisherigen, ganz besonders aber in der jetzigen Form eine Bevorzugung Frankreichs ist.

Vor allem aber deshalb, weil nicht die geringste Veranlassung gegeben ist, nach mehr als zweijähriger Freigabe der Einreise in's Saargebiet wieder eine Verschärfung der Einreisebestimmungen eintreten zu lassen, ersuchen wir die Regierungskommission dringend, die neue Verordnung umgehend wieder aufzuheben."

Zur

Wohnungsfrage

habe ich folgendes auszuführen:

Das Nichtbegehrtwerden der Neubauwohnungen hat dazu geführt, daß es in der jetzigen Bausaison im Baugewerbe des Saargebietes (zum ersten Male nach dem Kriege) zahlreiche Arbeitslose gibt. Die Abteilung des Innern hat „in Würdigung der schädlichen Folgen der Zwangswirtschaft' der Regierungskommission eine Vorlage über ihren

Abbau

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4 I

Abbau unterbreitet. Dem Vernehmen nach hat sie vorgeschlagen,die großen Wohnungen freizugeben, da eine sozial schädliche Nebenwirkung bei dieser Freigabe nicht zu erwarten ist. Die Weigerung der Regierungskommission,dem Landesrat diesen Entwurf vorzulegen,beweist, wenn man nicht Böswilligkeit annehmen will, ihre Unfähigkeit,wirtschaftlich schwierige Probleme rechtzeitig positiv zu behandeln. Es folgt daraus,daß dem Landesrat diejenigen Rechte eingeräumt werden müssen,die es ihm möglich machen,im Interesse der Wohlfahrt der Bevölkerung , die mangelnde Entschlusskraft der Regierungskommission zu ergänzen oder zu ersetzen.

Wir fordern die Regierungskommission auf, dem Landesrat eine Vorlage über die Erweiterung seiner Rechte vorzulegen, in der insbesondere das Recht zur Einbringung von Initiativanträgen enthalten sein muss.

Betr. Einbeziehung des Saargebietes in den Luftverkehr,

möchte ich an den Herrn Staatskommissar die Frage richten,wieweit die Verhandlungen hierin gediehen sind?

Desgleichen möchte ich auf die wiederholten Eingaben meiner Partei betr.

Verunreinigung der Blies

verwiesen und bitte den Herrn Staatskommissar, hierin Auskunft geben zu wollen.

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6

A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr.Heim!

Staatskommissar Dr.Heim: Meine Herren! Eing Anfrage der Deutsch-Saarländischen Volkspartei über den Stand der Luftschiffahrt habe ich folgendermaßen zu beantworten:

Die Regierungskommission steht zuzeit in schriftlichen Verhandlungen wegen dieser Frage mit dem Auswärtigen Amt.

(Zuruf des Abg.Levacher: Schon seit einem Jahre!)

Es ist anzunehmen,daß,wie von der Regierungskommission angeregt,binnen kurzem die mündlichen Verhandlungen in Berlin aufgenommen werden.

(Bravo-Rufe des Zentrums!)

Weiter ist die Anfrage des Herrn Hussong über die Notwendigkeit der Einstellung von Kulturbauarbeitemn dahin zu beantworten,daß bereits die erforderlichen Kräfte eingestellt sind.

(Bravo-Rufe !)

Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Hussong wegen der Verunreinigung der Blies ist wie folgt zu beantworten:

"Nachdem die Klagen der Wiesenbesitzer der Abteilung des Innern bekannt geworden waren, hat diese nach einer verwaltungsmäßigen Vorprüfung der Regierungskommission einen Bericht über die Verunreinigung der Blies vorgelgt.

Die Regierungskommission hat darauf beschlossen,daß eine besondere Sachverständigen-Kommission ein Gutachten abgeben solle über die Ursachen der Verunreinigung der Blies unterhalb Neunkirchens,über das Maß der Beteiligung der für die Verunreinigung in Betracht kommenden Werke und die etwaigen Mittel der Behebung der Mißstände.

Die Sachverständigen haben in jahrelanger Arbeit die Verhältnisse eingehend untersucht und mit Schreiben vom 26.3.1926 ein eingehendes Gutachten überreicht.

Dieses Gutachten wurde sämtlichen Beteiligten zugeleitet und es wurde eine besondere Sitzung der Beteiligten, in der über weitere Maßnahmen beraten wurde,abgehalten. In dieser Sitzung wurde man sich darüber einig,daß ein neues Gutachten darüber eingeholt werden müsse, welche technischen Anlagen erforderlich seien, um eine Klärung des Blieswassers herbeizuführen, nachdem das 1.Gutachten genaue Vorschläge in dieser Hinsicht nicht gemacht hatte."

Vorsitzender

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordnete Reinhard!

Abg.Reinhard (KP): Ich möchte nur .den Herrn Präsidenten bitten,festzustellen,ob die Zahnschmerzen des Herrn Schmelzer mit dem glänzenden Leitartikel der heutigen "Saarbrücker Zeitung" zusammenhängen.

(Lachen)

Vorsitzender: Herr Reinhard, ich bitte,doch diese persönlichen Angriffe zu unterlassen.
Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr.Sender!

Abg. Dr. Sender(SP): Meine Herren! Als ich heute morgen den Leitartikel der "Saarbrücker Zeitung " las, war ich etwas verwundert und habe mich als Mensch etwas geschämt. Soweit ich über den Fall des kommunistischen bayerischen Landtagsabgeordneten der in diesem Artikel angedeutet wird,orientiert bin,handelt es sich um einen Flüchtling,der wegen eines politischen Vergehens vom Reichsgericht verurteilt worden ist,und der hier im Saargebiet Asyl gesucht hat.
Die Sozialdemokratie hat zu der politischen Rechtsprechung des Reichsgerichtes ein gewisses Mißtrauen. Sie will aber unter allen Umständen dafür eintreten,daß das Asylrecht im Saargebiet anerkannt und geehrt wird. Sie tritt daher auch solchen hübschen Denunziationen und argen journalistischen Mißgriffen,wie sie der Artikel enthält,entgegen.
Die "Saarbrücker Zeitung" hätte vor Niederlegung eines solchen Artikels die Pflicht gehabt,den Fall einmal zu untersuchen,statt mit so grober Hand zum Vorteil der bayerischen Reaktion das Asyl~~recht~~ anzutasten.Insoweit ist die sozialdemokratische Fraktion durchaus einer Meinung mit dem Sprecher der Kommunistischen Partei,wenn gleich sie nicht die Ausdrucksweise des Herrn Reinhard billigen kann. Herr Reinhard hatte nicht notwendig,mit diesen Tönen zu reden.

(Zuruf des Abg.Reinhard: Prügel hätte ich diesem Schuft geben sollen.)

Glocke des Vorsitzenden

Vorsitzender: Herr Reinhard,wenn Sie mit diesen Ausdrücken nicht aufhören,bin ich gezwungen,die Sitzung zu schließen.

Abg. Dr.Sender fortfahrend: Herr Präsident,schließen Sie die Sitzung erst wenn ich fertig bin.
Herr Reinhard mag einmal uns Aufklärung geben,wie es möglich ist,daß in der von ihm redigierten "Arbeiter Zeitung" eine so fürchterliche Schreibweise entfaltet werden kann gegen einen Toten,den ehemaligen Reichspräsidenten Ebert.

(Zurufe: Pfui !)

Meine

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

Meine Herren, das war ein Mann,der durch die völkische Hetze in den Tod getrieben wurde. Dort,hat man den Lebendigen in den Tod getrieben und hier, verbündet sich die Arbeiter Zeitung mit dieser völkischen Hetze,indem sie über das Leben hinaus den Toten in der erbärmlichsten Weise bekämpft. Ich bin der Meinung,wenn hier gefehlt wird,wird dort gefehlt. Die Auffassung,die ich schon über die Saarbrücker Zeitung geäußert habe, ist und bleibt dieselbe. Wenn man dort mehr Achtung vor dem Recht der Lebendigen hat,dann sollen die Kommunisten mehr Achtung vor dem Tode und den Toten haben.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg. Heckler (KP): Meine Herren! Ich habe zu dem Antrag der Deutsch-Saarländischen Volkspartei betr.Wohnungsfrage noch etwas zu sagen. Der Deutsch-Saarländischen Volkspartei scheint nicht bekannt zu sein,daß das Saargebiet Tausende von Wohnungssuchende hat und ich glaube, man kann wieder feststellen,daß das Asyl unter der Alten Brücke bezogen wird. Ein Abbau der Wohnungszwangswirtschaft kann nicht stattfinden,zumal einige größere Städte in Deutschland neuerdings dazu übergegangen sind,die Zwangswirtschaft wieder einzuführen. Wir stehen auf dem Standpunkt,daß,solange es Menschen im Saargebiet gibt, die nicht imstande sind,eine menschenwürdige Wohnung zu beziehen,solange kann an eine Lockerung der Zwangswirtschaft nicht gedacht werden.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Meine Herren! Mein Fraktionsfreund Dr.Sender hat bereits die Angelegenheit des Herrn Reinhard und die der Saarbrücker Zeitung in Erwägung gezogen. Ich halte den Bericht der Saarbrücker Zeitung für eine Denunziation. Aber auch dem Herrn Reinhard muß ich sagen,daß er in seiner Zeitung auch täglich den Denunzianten spielt und er nicht das Recht hat zu kritisieren,bevor er nicht mit gutem Beispiel vorangeht. Das macht er bei jeder Veranlassung,sei es in der Presse,in Versammlungen oder im Landesrat,daß er die Gewerkschaften denunziert,diese hätten den englischen Bergarbeiterstreik niedergeschlagen.Dabei ist seine Richtung,der Arbeiterführer Thomas und Wlliams nicht imstande gewesen, die eingeführten Kohlen von England fernzuhalten. Herr Reinhard beliebt das aus einer gewissen Taktik heraus zu machen,um dadurch die Arbeiterschaft an sich selbst zweifeln zu lassen. Er erklärte,daß die Gewerkschaftsführer auch jetzt bei dieser Krise wieder in einer gemeinsamen Linie mit den Arbeitgebern gestanden hätten. Ich muß dies als eine unerhörte Verleumdung zurückweisen. Die Betriebe sind durchsetzt von diesen Phrasen. Würdet Ihr (zu den Kommunisten) mit wirtschaftlichen Tatsachen vorgehen, dann wäre die Kommunistische Partei längst überlebt.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4 I

Meine Herren! Die Vorgänge auf Grube Jägersfreude, die die Maßregelung von einem Sicherheitsmann gezeitigt haben,werden von uns sehr bedauert. Es ist nicht durch die Initiative der Gewerkschaften geschehen,daß diese Leute gemaßregelt worden sind. Die Initiative der Gewerkschaften geht in einer ganz anderen Richtung. Wir haben die Auffassung,daß man Feierschichten nicht durch Feierschichten bekämpfen kann,wie man das von der Kommunistischen Partei beliebt zu tun,um die Bergarbeiter und die anderen Arbeiter einfach über die Gewerkschaftsparole zum Kampf aufzurufen und einfach in eine Demonstration hineinzuziehen. Wir lehnen das ab. Wenn die Arbeiter Feierschichten haben,dann suchen wir nicht noch künstlich Feierschichten. In diese Sache hat die Kommunistische Partei sich diesmal eingelassen. Soweit die Not der Arbeiter infrage kommt, ist es klar,daß die Regierungsinstanzen nicht ihre Pflicht erfüllen und daß die deutsche Reichsregierung hier nicht tut,was notwendig ist,um in wirklichem Sinne der Arbeiterschaft zu helfen. Wir wissen mit welchen Manieren Ihr(zu den Kommunisten) versucht,die Gewerkschaften zu denunzieren. Meine Herren, ich sage noch einmal,es ist notwendig,daß die Regierungsstellen die Notlage der Arbeiterschaft mit einem großen Ernst ansehen.Wenn mehrere hundert Arbeiter am Lohntage anstatt einen Lohnbetrag zu erhalten,Geld bringen müssen,andere nur bis zu 50 Fr. entlohnt werden,dann müssen sie überlegen,was eine schwerarbeitende Belegschaft sich durchkämpfen soll. So können die Dinge nicht weitergehen. Die Regierung ist verpflichtet,dafür zu sorgen, daß das Existenzminimum der Arbeiterschaft gesichert erscheint. Deshalb ist Sorge zu tragen,daß besonders diesen notleidenden Familien eine Beihilfe gegeben wird. Dieselbe Pflicht hat die deutsche Regierung ,die im Saargebiet die Aufgabe hat,die Not der Arbeiter zu übernehmen,besonders in einer Zeit,wo man einer gewissen Kategorie Beihilfen gegeben hat,die nicht so der Not ausgesetzt sind. Dieser Apell ist an dieser Stelle zum Ausdruck zu bringen.

Vorsitzender: Ich muß darauf aufmerksam machen,daß laut Absprache die Fraktionen nur eine Erklärung abgeben wollen. Ich bitte deshalb von einer Debatte abzusehen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Meine Herren! Zu den Ausführungen des Herrn Reinhard,möchte ich nur noch darauf hinweisen, daß in dem Begleitschreiben gesagt ist:" Die Unterzeichneten fordern mit der Sozialdemokratischen Fraktion eine Aussprache." Wir sind bereit,die Deputation zu empfangen. Aber jedenfalls muß darauf hingewiesen werden. Wenn man wirklich mit den Sozialdemokraten eine Aussprache haben will,dann darf man nicht gleichzeitig von ihren verbrecherischen Führern schreiben und denen das schärfste Mißtrauen aussprechen.

Zu

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 6 A4

Zu den Ausführungen des Herrn Reinhard sage ich das eine:

Die Gewerkschaftsführer kennen die Notlage der Arbeiterschaft. Jeder Gewerkschaftsführer weiß, wie die Situation ist. Sie selbst wissen, daß wir durch unsere Initiative auch in der Betreuungsaktion alles Menschenmögliche versucht haben. Die Betreueungsaktion ist heute noch nicht abgeschlossen, denn die Gewerkschaft un die Partei wird in dieser Beziehung weiter arbeiten. Herr Reinhard weiß so gut wie jeder andere, daß eine große Demonstration geplant gewesen ist, um auch nach außen hin die ganze Öffentlichkeit auf die Notlage hinzuweisen. Er weiß aber auch, daß ein Gewerkschaftsführer einem Parteifreund des Herrn Reinhard die Mitteilung machte, daß die Demonstration geplant ist und daß unser Verband und der Gewerkschaftsverein sich verständigt hatten. Die Einladungen waren schon ergangen. Die kommunistische Arbeiter Zeitung bestreitet das aber. Als die Kommunisten erfuhren, daß die Demonstration geplant sei, sind sie nachmittags im ganzen Revier mit Fahrrädern herumgefahren und haben nachts sogar um 1 Uhr die Sicherheitsmänner aus den Betten geholt. Sie haben also alles getan, etwas heraufzubeschwören, um die mißliche Lage der Arbeiterschaft zu ihren politischen Zwecken zu benutzen. Das betone ich ganz besonders. Dann will ich noch darauf hinweisen, daß gerade der Sicherheitsmann Wunn die Geschichte auf seiner Grube eingeleitet hatte, ohne die Zustimmung des Arbeiterausschusses gehabt zu haben. Wäre er jedoch tatsächlich ein Sicherheitsmann gewesen, dann hätte er sich mit seinen Arbeiterausschußkollegen und seiner Gewerkschaft zuerst ins Benehmen setzen müssen.

Ich betone nochmals, wir sind bereit, die Deputation zu empfangen. Wir werden dann wissen, was wir in der Sache zu tun haben.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg. Heckler (KP): Meine Herren! Wenn hier in der Rede des Sprechers der Sozialdemokratischen Fraktion angedeutet wird, daß sie sich über die Schreibweise der Arbeiter Zeitung beschweren.

Vorsitzender: Herr Heckler, ich muß bitten, ich kann nur noch zu einer persönlichen Bemerkung das Wort erteilen.

Abg. Heckler (KP): Wenn hier von der Sozialdemokratie angeschnitten wird, daß sie sich beschwert über die Schreibweise der "Arbeiter Zeitung" bezüglich des ehemaligen Reichspräsidenten Ebert, so sage ich eins. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn ich auf der einen Seite angegriffen werde, dann muß ich auf der anderen Seite antworten.

Vorsitzender: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Abgeordnete Ulrich!

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4

Abg. Ulrich (KP): Ich möchte dem Abgeordneten Hoffmann nur erklären, daß es nicht zutrifft und nicht stimmt, was er erklärt hat. Die Sache ist richtig zu stellen in folgendem Umfange:

Die Herrschaften wissen gar nicht, wie es in den Betrieben aussieht. Ich wurde gestürmt, überstürmt, nicht nur von kommunistischen Mitgliedern, sondern auch von andersdenkenden Mitgliedern. Der Beweis ist erbracht, daß die Notlage es soweit gebracht hat, daß marschiert wurde und nicht die Aufmachung, wie sie in der "Volksstimme" zu lesen ist und wie Herr Hoffmann hier erzählt hat.

(Während die Abgeordneten Heckler und Ulrich sich zum Wort meldeten bezw. sprachen, verließen die anderen Abgeordneten, mit Ausnahme der Kommunisten, den Saal.

Vorsitzender: Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 55 Minuten.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 6
A4